



Institut für
Angewandte
Wirtschaftsforschung

IMU-Institut



Zur wirtschaftlichen und
beschäftigungspolitischen
Lage in der Region Stuttgart

- Auszug -



IG Metall
Region Stuttgart

Industrie- und Handelskammer
Region Stuttgart



Verband Region
Stuttgart

Ulrike Batz
Sigfried Caspar
Jürgen Dispan
Ralf Grammel
Frank Iwer
Jürgen Volkert

Strukturbericht

1998 / 99

Zur wirtschaftlichen und
beschäftigungspolitischen
Lage in der Region Stuttgart

Stuttgart / Tübingen, Oktober 1999

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen die Auftraggeber und die bearbeitenden Institute keine Gewähr.

Herausgeber:

Verband Region Stuttgart, Kronenstr. 25, D-70174 Stuttgart
Telefon (07 11) 22 75 9-0, Telefax (07 11) 22 75 9-70
E-Mail: verband@region-stuttgart.de, Internet: <http://www.region-stuttgart.de>

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Jägerstr. 30, D-70174 Stuttgart
Postfach 10 24 44, D-70020 Stuttgart
Telefon (07 11) 20 05-2 21, Telefax (07 11) 20 05-2 38
E-Mail: info@stuttgart.ihk.de, Internet: <http://www.stuttgart.ihk.de>

IG Metall Region Stuttgart, Fronackerstr. 60, D-71332 Waiblingen
Telefon (07151) 95 26-0, Telefax (07151) 95 26-22
Internet: <http://www.igmetall.de>

Erstellung und Bearbeitung:

Institut für Medienforschung und Urbanistik, Heusteigstr. 15, D-70182 Stuttgart
Telefon (0711) 23 70 5-0, Telefax (0711) 23 70 5-11
E-Mail: imu-stuttgart@imu-institut.de, Internet: <http://www.imu-institut.de>

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Ob dem Himmelreich 1, D-72074 Tübingen
Telefon (07071) 98 96-0, Telefax (07071) 98 96-99
E-Mail: iaw@iaw.edu, Internet: <http://www.uni-tuebingen.de/iaw>

Redaktion:

Dr. Ulrike Batz
Dr. Sigried Caspar (IAW)
Jürgen Dispan (IMU)
Ralf Grammel (IMU)
Frank Iwer (IMU)
Dr. Jürgen Volkert (IAW)

ISBN 3-924003-87-4

© 1999 Verband Region Stuttgart, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart,
IG Metall Region Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Ein-
speisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Herausgeber.

Vorwort der Herausgeber

Zum zweiten Mal geben der Verband Region Stuttgart, die IG Metall Region Stuttgart und die IHK Region Stuttgart gemeinsam einen Strukturbericht heraus, den IAW, Tübingen, und IMU, Stuttgart, erstellt haben. Ziel der Studie ist es, eine Innenansicht der Region Stuttgart zu geben, ihre wirtschaftlichen Strukturen und deren Veränderungen herauszuarbeiten. Wo sind Arbeitsplätze entstanden, wo hat der Strukturwandel die Gewichte verschoben, welche Branchen mussten Anteile abgeben?

Nachdem im letzten Jahr der Zusammenhang zwischen Qualifizierung und Beschäftigung einen Themenschwerpunkt bildete, wurde in diesem Jahr die Frage untersucht, wo es denn genügend Arbeitsplätze für diejenigen gibt, die nicht qualifiziert sind und nur schwer qualifizierbar. Das Ergebnis ist ernüchternd und wird in der Diskussion über den Arbeitsmarkt in der Region Stuttgart sicher noch eine Rolle spielen.

Je kleiner der Raum, der beobachtet werden soll, desto größer ist das Problem der Datenbeschaffung. Neben der generellen Schwerfälligkeit, mit der sich die amtliche Statistik an Strukturveränderungen anpasst, verursacht auch die geringe Zahl aktueller Daten für die regionale Ebene Schwierigkeiten. Außerdem sind die Fallzahlen oft so klein, dass geringe Veränderungen große Abweichungen zur Folge haben können. Damit steigt der Erklärungsbedarf und auch die Möglichkeit unterschiedlicher Einschätzungen. Die drei Auftraggeber haben ihre Kenntnisse der regionalen Wirtschaft in die Studie eingebracht und die verfügbaren Daten gemeinsam mit den Instituten erörtert.

Auf dieser Basis wurden einige Handlungsempfehlungen formuliert. Diese Handlungsempfehlungen sind kein umfassendes strategisches Konzept, sondern eher ausgewählte Projektvorstellungen; ihre Umsetzung wird sicherlich nicht schematisch erfolgen können, sondern bedarf weiterer Konkretisierung. Zur Diskussion – auch darüber – möchte dieser Bericht einladen.

Stuttgart, im Oktober 1999

*Verband Region
Stuttgart*

*Industrie- und Handelskammer
Region Stuttgart*

*IG Metall
Region Stuttgart*

Vorwort der Verfasser

Zielsetzung des Berichts, Methodik und Vorgehensweise

Zum zweiten Mal legen in diesem Jahr das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen und das Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU) in Stuttgart einen gemeinsamen Strukturbericht für die Region Stuttgart vor. Zur Erarbeitung einer möglichst aussagefähigen Datenbasis wurden Daten aus den verschiedensten Quellen systematisiert und zusammengefasst. Über die gängigen amtlichen Informationen hinaus hat das Statistische Landesamt speziell für diesen Strukturbericht eine Sonderauswertung zur Insolvenzentwicklung in den Kreisen der Region Stuttgart zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus kann sich dieser Bericht sowohl auf Daten der IHK-Konjunkturumfrage als auch auf die Ergebnisse einer eigens erstellten Sonderauswertung der IHK Region Stuttgart für die einzelnen Kreise stützen. Gemeinsam ermöglichen sie eine zeitnahe Einschätzung der Lage und Erwartungen von Unternehmen in der Region für das laufende Jahr.

Eine wichtige Fragestellung dieses ebenso wie der vorgesehenen weiteren Strukturberichte ist die Situation und Entwicklung der Dienstleistungstätigkeiten in der Region Stuttgart. Über die – derzeit nur relativ wenigen – unmittelbar verfügbaren amtlichen Daten hinaus wurde hierzu eine Sonderauswertung zur Beschäftigungsstruktur in der Region Stuttgart auf der Basis von Daten der Bundesanstalt für Arbeit erstellt. Sie ermöglicht zum einen detaillierte Einblicke in die Entwicklung der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftssektoren in der Region sowie im Land und im Bund. Zum anderen gibt sie Auskunft über die Bedeutung einzelner Tätigkeiten (Produktion, Verwaltung, Forschung und Entwicklung etc.) innerhalb der jeweiligen Sektoren.

Ohne diese breite Datenbasis könnte der Strukturbericht den an ihn gerichteten Erwartungen nicht gerecht werden. Darüber hinaus wurden vertiefende Gespräche mit Akteuren in der Region geführt, um die quantitativen Ergebnisse durch Hintergrundinformationen zu untermauern. Nicht nur, aber insbesondere bei der Ableitung der Handlungsempfehlungen waren die Gespräche mit den Auftraggebern von großer Bedeutung für diesen Bericht.

Der Strukturbericht gliedert sich in sieben Kapitel. Nach der Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, den Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen, die sich aus dem Bericht ergeben (Kap. 1), wird ein in diesem Rahmen notwendigerweise kursorischer Überblick über öko-

nomische Rahmenbedingungen in Deutschland und Baden-Württemberg gegeben, die auch für die Region Stuttgart von Bedeutung sind (Kap. 2). Im Anschluss werden zunächst die wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (Kap. 3) und sodann die entsprechende Beschäftigungsentwicklung aufgezeigt (Kap. 4). Die ökonomische Situation der Dienstleister und die Beschäftigungsentwicklung im tertiären Sektor in der Region bilden den Gegenstand des fünften Kapitels. Es folgt ein Kapitel zum Arbeitsmarkt in der Region Stuttgart (Kap. 6). Schwerpunktthema und abschließendes Kapitel des diesjährigen Strukturberichts bildet die Frage nach den Beschäftigungspotentialen im Bereich einfacher Dienstleistungen.

Besonderen Dank schulden wir Diplom-Soziologin Sylvia Stieler (IMU-Institut) und Jan-Fabio La Malfa (IAW), die uns maßgeblich bei der zügigen Aufbereitung der Vielzahl aktueller Daten und bei der kritischen Durchsicht des Manuskripts unterstützt haben. Ebenso danken wir Christa Schnepf M.A. (IMU-Institut) für die graphische sowie satztechnische Gestaltung und die Bereitschaft, sich auf ständig wechselnde Anforderungen einzulassen. Nicht zuletzt danken wir allen Ungenannten, die zum Gelingen des Berichts durch Sonderauswertungen, flankierende Gespräche und vielfältige anderweitige Unterstützung beigetragen haben.

Die Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DER HERAUSGEBER	I
VORWORT DER VERFASSEN	II
1. ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	1
1.1 Konjunktureller Aufschwung überdeckt Strukturwandel in der Region	1
1.2 Zusammenfassung der Ergebnisse	2
1.3 Handlungsempfehlungen	12
1.3.1 Regionale Innovations- und Kooperationsförderung	13
1.3.2 Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik	23
1.3.3 Mehr Dienstleistungsarbeitsplätze für Geringqualifizierte: Möglichkeiten und Grenzen	26
2. BADEN-WÜRTTEMBERG IM LAND-BUND-VERGLEICH	32
2.1 Wohlstand und Wirtschaftskraft	33
2.2 Überdurchschnittliche Beschäftigungsgewinne im wirtschaftlichen Aufschwung	37
2.3 Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb	40
2.4 Forschung und Entwicklung als Voraussetzungen langfristiger Konkurrenzfähigkeit	42
3. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE	45
3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung im Fahrzeugbau	57
3.2 Die wirtschaftliche Entwicklung im Maschinenbau	62
3.3 Die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich Elektrotechnik und Datenverarbeitung	66
3.4 Die wirtschaftliche Entwicklung in der EBM-Branche sowie im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	69
4. BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE	73
4.1 Beschäftigte insgesamt	74

4.1.1	Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern	74
4.1.2	Leichte Beschäftigungsgewinne in Baden-Württemberg	77
4.1.3	Stagnation bei der Beschäftigung in der Region Stuttgart	79
4.2	Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	81
4.2.1	Verarbeitendes Gewerbe in den alten Bundesländern	81
4.2.2	Verarbeitendes Gewerbe in Baden-Württemberg	82
4.2.3	Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart stagniert	85
4.2.4	Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart	87
4.3	Frauen im Verarbeitenden Gewerbe	91
4.4	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart	93
4.4.1	Fahrzeugbau: Kfz-Boom hinterlässt in der Region nur schwache Spuren bei der Beschäftigung	94
4.4.2	Maschinenbau: Beschäftigung stieg 1998 im Windschatten wachsender Produktion	98
4.4.3	Elektrotechnik: Beschäftigungsabbau in Esslingen prägt negative Situation in der Region Stuttgart	102
4.4.4	EBM-Branche: Beschäftigungsentwicklung stagniert in der Region Stuttgart	105
4.4.5	Druckereigewerbe. Anhaltende Beschäftigtenverluste in der Region Stuttgart	108
4.4.6	Bausektor: Keine Trendwende bei Beschäftigtenabbau in Sicht	109
5.	DER DIENSTLEISTUNGSSEKTOR	110
5.1	Der Dienstleistungssektor: Ein Überblick	110
5.1.1	Die Branchen des Dienstleistungssektors in den alten Bundesländern	110
5.1.2	Dienstleistungen in Baden-Württemberg: überdurchschnittliches Wachstum in den kleineren Wirtschaftszweigen	112
5.1.3	Tertiärisierung in der Region: schwächer als im Bundesdurchschnitt	114
5.1.4	Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe	115
5.1.5	Beschäftigungsentwicklung des Tertiären Sektors in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart	116
5.1.6	Die Frauenbeschäftigung im Dienstleistungsbereich	119

5.2	Die Wirtschaftszweige des Tertiären Sektors in der Region	120
5.2.1	Handel: Anhaltender Beschäftigungsabbau	122
5.2.2	Verkehr: Breite Streuung um einen leicht negativen Beschäftigungstrend	129
5.2.3	Kreditinstitute/Versicherungen: Konzentration und verstärkter Wettbewerb	135
5.2.4	Ungebrochene Dynamik bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen	139
5.2.5	Haushaltsbezogene Dienstleistungen	152
5.2.6	Staat/Organisationen ohne Erwerbscharakter	158
6.	ARBEITSMARKT DER REGION STUTTGART	162
6.1	Arbeitslosigkeit wieder rückläufig	162
6.1.1	Sinkender Arbeitslosenbestand seit zwei Jahren	162
6.1.2	Sinkende Arbeitslosenquote	167
6.1.3	Zunahme der gemeldeten offenen Stellen	168
6.1.4	Struktur der Arbeitslosigkeit	169
6.2	Anstieg bei der Kurzarbeit	174
6.3	Fachkräftemangel in Teilarbeitsmärkten	175
6.4	Ausbildungsplatzsituation entschärft sich	176
6.5	Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf die Region Stuttgart	178
6.5.1	SGB III: Neues Arbeitsförderungsrecht auf Bundesebene	178
6.5.2	Aktive Arbeitsförderung in der Region Stuttgart	179
6.6	Fazit: Trendwende auf dem Arbeitsmarkt der Region Stuttgart?	181
7.	BESCHÄFTIGUNGSPOTENTIALE IM BEREICH „EINFACHER DIENSTLEISTUNGEN“	183
7.1	Problemstellung	183
7.2	Der Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte	184
7.2.1	Weniger einfache Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe	184
7.2.2	Einfache Tätigkeiten in der Region Stuttgart im Verarbeitenden Gewerbe	187

7.3	Einfache Dienstleistungen: Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte?	189
7.3.1	Region Stuttgart: Situation und Potentiale im Status Quo	192
7.3.2	Einfache Dienste: Beschäftigungspotentiale bei veränderten Rahmenbedingungen	200
7.4	Geringfügige Beschäftigung als Indikator für Beschäftigungspotentiale?	212
7.4.1	Geringfügige Beschäftigung als Billiglohnsegment	212
7.4.2	Der Umfang der geringfügigen Beschäftigung im weiteren Sinne in der Region Stuttgart	213
7.5	Handlungsfelder zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Geringqualifizierten	217
7.5.1	Möglichkeiten zur Erschließung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte	218
7.5.2	Möglichkeiten zur Integration von Arbeitssuchenden durch Erschließung neuer Märkte im Dienstleistungssektor	223
7.5.3	Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration Geringqualifizierter	228
7.6	Fazit	213
8.	LITERATURVERZEICHNIS	233
	VERFASSER	243
	INSTITUTE	244
	HERAUSGEBER	246

1. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

1.1 Konjunktureller Aufschwung überdeckt Strukturwandel in der Region

Vor allem die sehr gute Konjunktur der Automobilwirtschaft hat im letzten Jahr in der Region zu einer Stabilisierung der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe geführt. Im Dienstleistungsbereich konnten einige Felder von dieser Entwicklung profitieren, während andere Bereiche Einbußen verzeichneten. Zusammenfassend kann man von einer Stagnation im Dienstleistungsbereich sprechen. So gesehen, trat der Strukturwandel im letzten Jahr in den Hintergrund gegenüber dem konjunkturellen Aufschwung.

Umstrukturierungen finden aber weiterhin statt und zeigen sich sowohl innerhalb der Branchen als auch an der schlechteren Arbeitsmarktentwicklung für Frauen. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe zählen Frauen zu den Verlierern der Entwicklung. Im Unterschied zu den Männern hat die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe für die Frauen abgenommen. Der rückläufige Frauenanteil im Verarbeitenden Gewerbe und die Zunahme in ausgewählten Bereichen des Dienstleistungssektors stehen im Widerspruch zu dem Ziel, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Erwerbsleben zu vermindern.

Durch die konjunkturell günstige Situation trat im letzten Jahr die Bedeutung der steigenden Qualifikationsanforderungen tendenziell etwas in den Hintergrund. Diese Tendenz hält jedoch nach wie vor an und hat ihre Auswirkungen auf allen Qualifikationsebenen. Selbst im Bereich einfacher Tätigkeiten erhöhen sich die Anforderungen: So wird die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift zunehmend zur Mindestvoraussetzung. Außerdem werden in vielen Fällen soziale Kompetenzen stärker nachgefragt als früher.

1.2 Zusammenfassung der Ergebnisse

Rekordumsätze im Verarbeitenden Gewerbe durch Kfz-Boom

Die Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zeigt, dass die konjunkturelle Aufwärtsbewegung auch im Jahr 1998 weiter angehalten hat und sich nochmals leicht verstärken konnte. Dabei kam der größte Wachstumsimpuls mit 12,2 % wiederum aus dem Export; im Unterschied zum Vorjahr konnte auch der Inlandsumsatz einen relevanten Beitrag zur positiven Entwicklung leisten. Sowohl die Region Stuttgart als auch das Land Baden-Württemberg heben sich positiv vom Durchschnitt der alten Bundesrepublik ab und konnten im letzten Jahr neue Rekordumsätze mit knapp 130 Mrd. DM beziehungsweise über 400 Mrd. DM erzielen.

Auffällig ist jedoch, dass die Region Stuttgart erstmals seit 3 Jahren bei allen relevanten Kennzahlen mit Ausnahme des Exportes leicht hinter dem Landesdurchschnitt liegt. Zwei andere Regionen Baden-Württembergs, die Regionen Franken und Mittlerer Oberrhein, konnten dagegen im letzten Jahr überproportionale Zuwächse realisieren. Beides sind Regionen, in denen – wie auch in der Region Stuttgart – der Fahrzeugbau sowie die Zuliefererindustrie eine erhebliche Rolle spielen. Ursächlich sind hier neben einem Nachholeffekt im Export einerseits neue Modelle und Werke, andererseits aber auch harte („Verkehrsanschluss“) und weiche Standortfaktoren im Zusammenhang mit gezielten Ansiedlungsstrategien.

Neben der absoluten Umsatzhöhe entwickelten sich diejenigen Indikatoren für die Produktivität, die sich aus der amtlichen Statistik ableiten lassen, positiv. Der Pro-Kopf-Umsatz erhöhte sich überproportional, und im Gegenzug sank der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamtumsatz im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen stieg an; in einer längerfristigen Betrachtung erreichen die Investitionen in den meisten Kreisen wieder das Niveau vom Ende der 80er Jahre.

Zum Umsatzplus trugen alle großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes bei; auch der Bereich Elektrotechnik/Datenverarbeitung (ET/ADV-Branche) konnte im Jahr 1998 wieder Zuwächse verbuchen. Dennoch fällt die starke Abhängigkeit vom Erfolg des Fahrzeugbaus auf: Über 70 % des gesamten Zuwachses des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1996 und 1998 wurden hier realisiert, sein Anteil erreichte mit knapp 40 % eine neue Rekordmarke.

Die Aussichten der Industrie insgesamt erscheinen weiterhin positiv; die Auftragsituation war 1998 nach wie vor freundlich, und im laufenden Jahr ist nach einer Schwächephase im ersten Quartal wieder eine Verbesse-

rung zu verzeichnen. Deutlich sind jedoch die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen: Einen relevanten Zuwachs weisen nur die Gebrauchsgüterproduzenten aufgrund der Sonderkonjunktur des Fahrzeugbaus sowie die Investitionsgüterproduzenten auf.

Bei der Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 1999 wirkt sich die gebremste Auftragsentwicklung noch nicht erkennbar aus. Nach einem eher schwachen 1. Quartal ist über den Gesamtzeitraum der Umsatz in der Region Stuttgart doch wieder um 3,3 % gestiegen; dies liegt über dem Landesdurchschnitt von 2,5 %. Da zuletzt die Erwartungen über den Export wieder freundlicher ausfallen, erscheint für das gesamte Jahr 1999 ein Umsatzwachstum zwischen 4 % und 5 % durchaus erzielbar.

Allerdings hält innerhalb der Region eine deutliche Polarisierung an: Der bisherige Zuwachs ist im Grunde allein auf den Kreis Böblingen konzentriert, während er in der Stadt Stuttgart stagniert und alle anderen Kreise Umsatzrückgänge aufweisen.

Auch für die einzelnen Branchen sind die Aussichten sehr unterschiedlich. Während für den Fahrzeugbau der Region Stuttgart erneut ein Wachstum um über 10 % realistisch erscheint und für die ET/ADV-Branche die Erwartungen zwischen 3% und 4% liegen, bleibt der Maschinenbau mit erheblichen Risiken behaftet und kann nur unter günstigen Umständen ein leichtes Wachstum erreichen. Absehbar ist zudem ein erheblicher Umsatzrückgang im Bereich der Eisen-, Blech- und Metallverarbeitung (EBM).

Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart stagniert trotz Kfz-Boom

Die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart konnte 1998 nicht an die positive Entwicklung auf Landesebene anknüpfen. Auch wenn im Verlauf des Zeitraums 1997/98 die Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart besser verlief als in den alten Bundesländern, so muss man angesichts eines Zuwachses von 292 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) bzw. 0,07 % von Stagnation sprechen. Für die Region Stuttgart ist aufgrund der starken Ausrichtung des Verarbeitenden Gewerbes auf das Kfz und der Hoffnung, am Kfz-Boom überproportional partizipieren zu können, eine positivere Entwicklung erwartet worden. Die positivere Gesamtentwicklung der Kfz-Branche auf Landesebene zeigt aber, dass andere Regionen in Baden-Württemberg weitaus stärker von der sehr guten Kfz-Konjunktur profitieren konnten als die Kernregion selbst.

Während der Straßenfahrzeugbau in der Region Stuttgart gegenüber der Landes- und Bundesentwicklung nur unterdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse aufweisen kann, ragt der Maschinenbau als positiver Aus-

reißer bei der Beschäftigtenentwicklung hervor. Hier konnte zwischen 1997 und 1998 ein deutlich stärkerer Anstieg in der Region Stuttgart bei den Beschäftigten erreicht werden. Dagegen verbuchte die zweitgrößte Branche der Region, die Elektrotechnische Industrie, einen massiven Beschäftigtenverlust, der bei weitem negativer ausgeprägt war als im Land und in den alten Bundesländern. Weitere Problembranchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart sind die Textilindustrie, der Druckereibereich und die Holzbearbeitungsbranche mit anhaltend starken Beschäftigtenverlusten.

Im Verarbeitenden Gewerbe waren 1998 die Frauen die Verliererinnen der Beschäftigtenentwicklung. Die Verliererinnen waren sie sowohl in den alten Bundesländern als auch in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart. Auf allen drei Untersuchungsebenen konnten die Männer - vor allem absolut - deutlich höhere Beschäftigtenzuwächse erzielen als die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen.

Eine zentrale Ursache hierfür ist der Umstand, dass die positive Gesamtentwicklung bei den Beschäftigten vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe getragen wird, in diesem Sektor die Frauen aber nur unterdurchschnittlich repräsentiert sind. Der Abbau von Frauenarbeitsplätzen konzentrierte sich im Verarbeitenden Gewerbe auf die Bereiche „Fertigung“, „Verwaltung“ und „Lager“. Überproportional vom Abbau betroffen waren Frauen ohne Berufsausbildung. Differenziert nach einzelnen Wirtschaftszweigen, waren Frauen ohne Berufsausbildung überproportional vom Beschäftigungsabbau im Straßenfahrzeugbau, in der Feinmechanik sowie im Bereich Textil/Bekleidung betroffen. Es zeigt sich, daß bei neu entstehenden Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der geforderten berufsspezifischen Qualifikationen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer entstehen als für Frauen.

Mehr Schatten als Licht im Dienstleistungssektor

Nach deutlichen Arbeitsplatzgewinnen zu Beginn der 90er Jahre hat die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich in den letzten drei Jahren - trotz des konjunkturellen Aufschwungs - stagniert. Damit blieb der Anteil des Dienstleistungssektors in der Region (52 % der Beschäftigten) kleiner als im Durchschnitt der alten Bundesländer (59 % der Beschäftigten). Des weiteren zeigt sich, dass die Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungsbereich stärker von strukturellen als von konjunkturellen Faktoren abhängt. Um dieser Beobachtung Rechnung zu tragen, soll im Folgenden die Entwicklung in den Teilbereichen des Dienstleistungssektors kurz erläutert werden.

In den traditionellen Dienstleistungsbereichen Handel, Verkehr und Nachrichtentechnik sowie Kreditwesen und Versicherungen vollziehen sich erhebliche Umstrukturierungsprozesse. Sie schlagen sich sowohl in höherer Konzentration (Fusionen im Handel, bei Banken und im Nachrichtenwesen) als auch in einem Wandel der Anforderungen an die Beschäftigten nieder. Insgesamt werden diese Wirtschaftszweige auch weiterhin Schlüsselbereiche der Wirtschaft bleiben, wenngleich sie durch die elektronischen Medien und die Internationalisierung des Wettbewerbs einem massiven Veränderungsdruck ausgesetzt sind.

In der Region wirkt sich dieser Druck sehr unterschiedlich aus. Der Konzentrationsprozess im Kreditwesen ist nicht in erster Linie durch den Zuzug neuer Institute, sondern durch eine Ausdünnung von Filialnetzen in den Landkreisen und durch die Zusammenfassung von Bankdienstleistungen in den Zentralen gekennzeichnet. In Baden-Württemberg kann Stuttgart mittelfristig von diesen Konzentrationsprozessen profitieren. Schließlich sind am baden-württembergischen Börsenplatz bereits einige Zentralen angesiedelt. Die Stuttgarter Börse benötigt für eine weiterhin positive Entwicklung allerdings einen starken Finanzplatz Stuttgart. Andernfalls ist ein Abwandern eines Teils der Unternehmenszentralen nach Frankfurt und München zu erwarten. Hieraus entstünde die Gefahr, dass Banken, die sich aus politischen Gründen auf einen Sitz in Stuttgart festgelegt haben, teilweise von der Entwicklung im Bankenbereich abgekoppelt würden. Gelingt dagegen eine Stärkung des Banken- und Finanzplatzes Stuttgart, so würde sich der langfristige Trend zum Beschäftigungsabbau in diesem Wirtschaftszweig unterschiedlich auf die Beschäftigung in den Kreisen der Region Stuttgart auswirken. Während in den Landkreisen auch unter solch vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen mit einer Stagnation oder einem weiteren Beschäftigungsabbau zu rechnen ist, könnte sich in der Stadt Stuttgart eine Beschäftigungszunahme ergeben.

Im Gegensatz zu den Banken, die verstärkt ins Zentrum der Region, nach Stuttgart, drängen, scheint der Handel eher aus dem Zentrum zu weichen. Das ist insofern ein Problem, da eine wesentliche Funktion des Einzelhandels darin besteht, ein Zentrum als solches sichtbar zu machen und zu beleben. Wenn der Einzelhandel hierzu nicht mehr bzw. nicht mehr im gewohnten Umfang in der Lage ist, stellt sich die (politische) Frage nach den Konsequenzen und/oder nach Alternativen zur bisherigen Entwicklung. In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen des Verbandes und der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart zur Stärkung der Innenstädte zu sehen.

Insgesamt hat sich im Handel der Region in den letzten Jahren ein überproportionaler Beschäftigungsabbau vollzogen (-2,7 % 1997/98). Da der Handel sowohl für den Absatz der Unternehmen als auch für die Versorgung der Verbraucher entscheidend ist, besitzt er zentrale ökonomische und so-

ziale Bedeutung. Eine sehr starke Konzentration im Einzelhandel kann dazu führen, dass kleine Produzenten mit eigenen Markenprodukten einen sehr begrenzten Marktzutritt haben und bei der Produktion von Handelsmarken nur geringe Gewinnspannen realisieren können. Die hohe Konzentration kann zu existentiellen Problemen für unabhängige kleine Fachhändler (Nicht-Filialisten) führen.

Im Verkehrsbereich hat die Freigabe der Tarife in den letzten Jahren für verschärften Wettbewerb im Güterverkehr gesorgt. Dies hat sich insbesondere auf die Logistikkonzepte ausgewirkt. Regionale Konzentrationen, wie sie im Kreis Ludwigsburg entlang der Autobahn und in Verbindung mit dem Containerterminal in Kornwestheim bereits vorliegen, können genutzt werden, um fortgeschrittene Technologien und integrierte Verkehrskonzepte zu realisieren. Dies sind Voraussetzungen, um Marktanteile halten zu können. Dabei werden insbesondere die kleineren Unternehmen der Branche auf unterstützende Beratung angewiesen sein.

Die haushaltsbezogenen Dienstleistungen sind in den vorangegangenen Jahren expandiert, haben aber im letzten Jahr eine Konsolidierungsphase durchlaufen. Wenn die Erwerbsquote nicht wesentlich absinken und die Kaufkraft der Haushalte steigen wird, ist langfristig mit Beschäftigungspotentialen in diesem Wirtschaftsbereich zu rechnen, wenngleich Teilbereiche (Friseur-/Körperpflegegewerbe, Verlags-/Pressewesen) wahrscheinlich eine Sättigungsgrenze erreicht haben. Andere Wirtschaftszweige, wie z. B. die Gastronomie, die Alten- und Krankenpflege und Einrichtungen zur Betreuung von Kindern, werden von aktuellen Trends begünstigt, nach denen die privaten Haushalte mehr Leistungen über den Markt beziehen. Da diese Entwicklungen in den Zentren früher eintreten als auf dem Land, könnten sie sich im Ballungsraum Stuttgart früher bemerkbar machen als in anderen Regionen.

Schwierig einzuschätzen sind die Perspektiven im Bereich des Staats und der Organisationen ohne Erwerbszweck. Die weitgehende Stagnation dieses Wirtschaftszweigs seit 1990 sowie die politische Vorgabe „weniger Staat und mehr Selbsthilfe und Eigenverantwortung“ (die sich häufig in Organisationen ohne Erwerbszweck widerspiegelt), lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten. In diesem Bereich sind ungefähr ebenso viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie in der Wirtschaftsgruppe der haushaltsbezogenen Dienstleistungen.

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen schließlich zeichnen sich bereits seit einigen Jahren durch die höchsten Wachstumsraten der Beschäftigung (+ 8,63% 1997/98) aus. Diese Unternehmen, die in der Region am stärksten in Stuttgart und Böblingen vertreten sind, unterstützen die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe. Die Region Stuttgart bietet ihnen Standortvorteile, da einerseits die Nähe zu den großen Betrieben des Verar-

beitenden Gewerbes gegeben ist und andererseits in Stuttgart ICE-Bahnhof, Flughafen und Autobahnanschlüsse zur Verfügung stehen, die einen größeren Aktionsradius verschaffen.

Die schnelle Expansion dieses Dienstleistungssegmentes spricht für eine starke und zunehmende Nachfrage aus der Region, so dass die Abhängigkeit vom regionalen Verarbeitenden Gewerbe und damit letztlich vom Fahrzeugbau noch als relativ hoch einzuschätzen ist. Gleichwohl bieten die unternehmensbezogenen Dienstleistungen ein wichtiges Innovationspotential sowohl zur weiteren Ausdifferenzierung des Kfz-Clusters als auch zur Erschließung von neuen Anwendungsfeldern und Produkten. Sie stellen damit einen wichtigen Baustein in einer Strategie zur Verbesserung der längerfristigen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Region dar.

Die skizzierten Veränderungen im Dienstleistungsbereich setzen sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Arbeitnehmern ein hohes Maß an Flexibilität voraus. Insbesondere qualifizierte Mitarbeiter werden in den expandierenden Bereichen schnell zum Engpass. Dadurch wird sowohl der strukturelle Wandel als auch das wirtschaftliche Wachstum in der Region gebremst. Die rechtzeitige Verfügbarkeit von geeignet qualifizierten Erwerbspersonen ist daher ein Standortfaktor, der weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Während die Frauen in der Vergangenheit stark von der Beschäftigungsausweitung im Dienstleistungsbereich profitieren konnten, zeichnet sich derzeit insofern ein Ende dieser Entwicklung ab, als die bislang vorzugsweise von Frauen besetzten Arbeitsfelder nur noch in geringem Umfang wachsen. Dies erfordert eine Umorientierung und eine Höherqualifizierung. Die Verbesserung der beruflichen Ausbildung von Frauen ist ein wichtiger Faktor, um diesen Anforderungen erfolgreich Rechnung zu tragen.

Entspannung am regionalen Arbeitsmarkt

Erstmals seit den krisenbedingten Einbrüchen des Arbeitsmarktes gibt es in der Region Stuttgart seit April 1999 wieder unter 80.000 gemeldete Arbeitslose. Dies wie auch die sinkende Arbeitslosenquote sowie die Zunahme an offenen Stellen signalisiert eine Entspannung beim regionalen Arbeitsmarkt. Profitiert haben am stärksten Jugendliche und junge Erwachsene von dieser Entwicklung, seit Mitte 1998 sinkt aber auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen.

Die positiven Tendenzen bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Region Stuttgart machen sich nicht gleichermaßen für Männer und Frauen bemerkbar. Von der gegenwärtigen Erholung des Arbeitsmarktes profitieren Männer deutlich mehr als Frauen. Dies liegt nicht zuletzt an der

höheren Konjunkturanfälligkeit der Beschäftigungsbereiche von Männern in der Region.

Neben der Arbeitslosigkeit in vielen Berufsgruppen besteht in einigen Segmenten des Arbeitsmarkts ein Arbeitskräftemangel. Es kann von einer Koexistenz von Arbeitslosigkeit und von segmentspezifischer Arbeitskräfteknappheit gesprochen werden, die auch daraus resultiert, dass für einen spürbaren Beschäftigungsaufbau entsprechend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Das Phänomen der Arbeitskräfteknappheit betrifft im wesentlichen den Teilarbeitsmarkt für technikorientierte und hochqualifizierte Tätigkeiten. Insbesondere besteht ein Mangel bei Elektrotechnik- und Maschinenbauingenieur/innen, Informations-/Telekommunikationstechniker/innen und Informatiker/innen, Facharbeiter/innen in den Bereichen Elektro- und Metallindustrie, aber auch Bürokräften und qualifizierten und spezialisierten Sekretär/innen. Auch im Zusammenhang mit dem strukturellen und sich verstärkenden Problem „Fachkräftemangel“ ist Qualifizierung, bei der sowohl berufliche als auch soziale Kompetenzen vermittelt werden, das Zukunftsthema für den regionalen Arbeitsmarkt.

Der Beitrag, den die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf die Entlastung am Arbeitsmarktes hat, ist derzeit noch nicht abzuschätzen. Da es sich um ein stark politisiertes Thema handelt, empfiehlt es sich, eine Einschätzung erst vorzunehmen, wenn sich die Situation wieder gefestigt hat. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Effekte nicht allzu groß ausfallen werden.

Frauen sind in der Region vorwiegend im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Allerdings sind sie auch dort in dem stark expansiven Marktsegment der unternehmensbezogenen Dienstleistungen deutlich unterrepräsentiert. Dadurch haben sie im letzten Jahr nur unterdurchschnittlich von der positiven Entwicklung im Dienstleistungsbereich profitiert. Die Frauenbeschäftigung im industriellen Bereich ist hingegen signifikant höher als in anderen Regionen; auch hier ist jedoch eine Konzentration in den perspektivisch riskanten Segmenten der un- und angelernten Montagetätigkeiten festzustellen. Ein weiterer Aspekt, der sich sowohl bei der Integration ins Erwerbsleben als auch bei der beruflichen Weiterentwicklung noch immer als Hindernis erweist, ist eine niedrigere formale Qualifikation. Deshalb sind Frauen in den Bereichen, wo einfache Arbeitsplätze abgebaut werden, besonders stark betroffen und haben schlechtere Chancen bei der Einstellung, da dort oft Fachpersonal gesucht wird. Diese Problematik wird dadurch verschärft, dass auch qualifizierte Frauen, nach einer längeren Phase der Hausarbeit und Kindererziehung nur schwer den Einstieg als Fachkraft finden.

Erschließung Einfacher Dienstleistungen: Chance und Aufgabe

Die Erschließung von Beschäftigungspotentialen im Dienstleistungssektor gilt als ein Kernelement im Rahmen nahezu aller aktuellen politischen Strategiekonzepte zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Große Hoffnungen, insbesondere für die Beschäftigung Geringqualifizierter, richten sich dabei auf den Bereich der personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen. Mit der Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen und einem zunehmenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird davon ausgegangen, dass die Bereitschaft steigt, hauswirtschaftliche Tätigkeiten durch kommerzielle Anbieter erledigen zu lassen. Im langfristigen Trend hat sich diese Annahme bislang als richtig erwiesen, wenngleich sich das Wachstum in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat.

Unter einfachen Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich verstehen wir alle Tätigkeiten, für die keine explizite Ausbildung erforderlich ist. Im einzelnen wird man unter den haushaltsnahen einfachen Dienstleistungen vor allem hauswirtschaftliche Arbeiten für Privathaushalte, Tätigkeiten im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Verkauf sowie in Randbereichen des Gesundheitswesens verstehen. Während Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Einzelhandel als Arbeitgeber etabliert sind, treten die privaten Haushalte bislang nur in Ausnahmefällen als Arbeitgeber auf. Entsprechend ist im Handel, gefolgt von den Bereichen Gastgewerbe, Gebietskörperschaften und Verkehr, die größte Anzahl Geringqualifizierter anzutreffen. Dabei besteht bei den geringqualifiziert Beschäftigten häufig eine hohe Fluktuation.

Die skizzierten Arbeitsfelder im Dienstleistungsbereich sind häufig mit Dienst am Kunden verbunden, so dass der Beschäftigte in der Lage sein muss, mit dem Auftraggeber über den Auftrag zu verhandeln. Das setzt sowohl sprachliche Ausdrucksfähigkeiten als auch ein entsprechendes Auftreten voraus. Deshalb werden Studierende und Schüler, die mit solchen Arbeiten ein Einkommen neben Schule oder Studium erzielen, gerne angestellt, während sich die Problemgruppen des Arbeitsmarkts mit den Anforderungen tendenziell schwer tun. Hinzu kommt, dass ein Bedarf an Dienstleistungen für private Haushalte besonders dann entsteht, wenn kleine Kinder oder ältere Menschen im Haushalt sind. In diesen Fällen erfordert die hauswirtschaftliche Dienstleistung die Fähigkeit, sich auf Kinder bzw. alte Menschen einstellen zu können. Zu den sozialen Anforderungen tritt bei den Dienstleistungen die Anforderung, dass der Beschäftigte seine Arbeit zumindest teilweise selbst organisiert und zum Teil eigenverantwortlich Entscheidungen trifft. Maßgeblich für diesen Unterschied zum Verarbeitenden Gewerbe ist, dass sich (repetitive) Tätigkeiten dort in höherem Maße standardisieren lassen als Dienstleistungen und in der Industrie häufiger ein Vorgesetzter verfügbar ist, um eine Entscheidung zu treffen, während Dienstleistungen oft direkt „im Auftrag“ erledigt werden.

Zu den Anforderungen an die Fähigkeiten des Beschäftigten kommt hinzu, dass Dienstleistungstätigkeiten nicht selten sozial weniger anerkannt und weniger einträglich sind als einfache Arbeiten im Verarbeitenden Gewerbe (z. B. Verkäufer/in einerseits und Montagearbeiter/in andererseits). Das sind Aspekte, deretwegen der Übergang von einem Beschäftigungsverhältnis im Verarbeitenden Gewerbe zu einem Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich wenig attraktiv ist, zumal im Dienstleistungsbereich häufig kurzfristig sich ändernde Arbeitszeiten akzeptiert werden müssen. Dies belastet unter Umständen die familiäre Situation.

Aufgrund dieser Faktoren eignet sich die Beschäftigung im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen wenig für Erwerbspersonen, die direkt aus dem Verarbeitenden Gewerbe kommen. Ein Sachverhalt, der in den Gesprächen mit Fachleuten aus der Region durchgängig bestätigt wurde. Zielgruppen der Beschäftigung in diesem Bereich können vielmehr Jugendliche sein, die sich schwer tun, einen Ausbildungsplatz zu finden und (Wieder-)EinsteigerInnen nach der „Kinderphase“. Die hauswirtschaftlichen Dienstleistungen im engeren Sinne werden dabei in absehbarer Zukunft vor allem ein Frauenarbeitsmarkt sein. Lediglich Randbereiche, wie zum Beispiel Hausmeisterservice, Gartenarbeit etc. spielen derzeit auch als Tätigkeitsfelder für Männer eine Rolle.

Sowohl die oben skizzierten Anforderungen als auch die Erfahrungen aus den Projekten weisen darauf hin, dass Arbeitsplätze im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen nicht zu den „Einfachstarbeitsplätzen“ gehören. Insofern ist auch die Strategie verständlich, die von den Beschäftigungsförderungsträgern praktiziert wird, nämlich möglichst nur Dienstleistungen zu übernehmen, die man – ähnlich wie Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe – zentralisieren und rationalisieren kann (Wäscherei, Essensversorgung von Kindergärten, Einkaufsdienste etc.). Da die Instrumente der Beschäftigungsförderung in der Regel als befristete Förderung gedacht sind, wechseln die Beschäftigten häufig. Diese Fluktuation läßt sich nur schwer mit der Vertrauensstellung einer (selbständig arbeitenden) hauswirtschaftlichen Hilfe in einem privaten Haushalt vereinbaren.

Die Erfahrungen mit Pilotprojekten legen nahe, dass man nicht mit schnellen und statistisch messbaren Beschäftigungseffekten rechnen sollte. Es handelt sich um eine Markterschließung, bei der für die Kunden ein Unterschied beispielsweise zwischen der professionell ausgeführten hauswirtschaftlichen Dienstleistung und der konventionellen Putz- oder Haushaltshilfe sichtbar werden muss. Die unmittelbare Konkurrenz der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen mit Schwarzarbeit, mit Eigenarbeit und 630,-DM-Jobs hemmt derzeit die Entwicklung und zwingt zur Professionalität der Anbieter. Trotz der erweiterten steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen für Hausarbeit bleibt Schwarzarbeit im Zweifelsfall für Auftraggeber und Auftragnehmer finanziell interessanter.

Die nachfragebezogenen Förderinstrumente (z.B. Absetzbarkeit der Ausgaben von der Steuer) haben, soweit sie auf der steuerlichen Ebene ansetzen, den Vorteil, bei entsprechender Gestaltung der Vorschriften einen relativ starken Nachfrageimpuls auszulösen, sind aber nicht im Bereich der Regionalpolitik angesiedelt und sollten in zweierlei Hinsicht kritisch analysiert werden: 1) Welche (Um-) verteilungseffekte entstehen dadurch? 2) Welche Auswirkungen hat die Förderung auf das Entstehen eines langfristig funktionsfähigen Marktes für diese Dienstleistungen?

Alternativ zur Förderung der Nachfrage ist die Subventionierung des Angebotes zu betrachten. Im Vordergrund stehen dabei Ansätze, die sich zugleich um die Integration von Problemgruppen in den Arbeitsmarkt bemühen. Dabei sollte auf regionaler Ebene oder noch kleinräumiger gehandelt werden, auch wenn es bei einzelnen Projekten notwendig sein mag, eine Kofinanzierung durch übergeordnete Verwaltungseinheiten (Land, Bund oder EU) zu erhalten. Hier könnte dem Zusammenspiel von Region und Kreisen große Bedeutung zukommen. Mit der Angebotsförderung in Form von Dienstleistungspools werden auch solche Haushalte bei der Nachfrage begünstigt, die nicht in der Lage sind, einen sozialversicherungspflichtigen hauswirtschaftlichen Arbeitsplatz bereitzustellen.

Die Dienstleistungspools treten als Arbeitgeber auf und ermöglichen es privaten Haushalten sich an eine professionelle Einrichtung zu wenden und stundenweise, evtl. auch kurzfristig, qualifizierte hauswirtschaftliche Hilfen geboten zu bekommen. Die Vorteile für die Kunden liegen darin, dass sie sich weder mit Rekrutierung, Auswahl und Einstellung noch mit der Lohnzahlung und der Sozialversicherung befassen müssen. Außerdem können Pools bei Krankheit oder Urlaub der zunächst vorgesehenen Arbeitskraft Ersatz stellen. Für die Beschäftigten entstehen dabei reguläre Arbeitsplätze, die tariflich entlohnt werden. Sie bekommen Kontakt zu Kollegen, werden betrieblich eingebunden und erhalten evtl. auch institutionalisierte Qualifizierungsmöglichkeiten. Sobald in diesem Bereich des Dienstleistungsmarktes mehr Transparenz hergestellt wurde, kann man davon ausgehen, dass weitere Pilotprojekte, die die Professionalisierung dieser Tätigkeitsfelder anstreben, sinnvoll sind.

Eine finanzielle Förderung des Angebotes, zum Beispiel durch Lohnsubventionen oder eine Freistellung der Beschäftigten von den Sozialabgaben, ist unter Umständen sinnvoll. Um eine Verzerrung des Marktes zu vermeiden, sollte sie, wie das bei den Beschäftigungsförderungsgesellschaften üblich ist, an spezifische Merkmale (Zugehörigkeit der Mitarbeiter zu einer Problemgruppe des Arbeitsmarktes) geknüpft sein. Voraussetzung für eine Förderung, die nicht marktverzerrend wirkt, ist, dass sich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente darauf beschränken, Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, etwa als Folge einer lang andauernden Arbeitslosigkeit, auszugleichen. Solche Projekte gibt es vor allem in Stuttgart. Hier lassen sich

zwei Phänomene beobachten: Es fällt den Projektleitern schwer, geeignetes Personal für die Beschäftigungsmaßnahmen zu finden; außerdem rechnen sich Projekte, die ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für private Haushalte anbieten, derzeit kaum. Vielmehr wird die Wirtschaftlichkeit meistens über die Kombination mit ergänzenden Angeboten sichergestellt (Partyservice, Catering für spezielle Kunden, Reinigung gewerblicher Räume etc.), für die bereits ein Markt, allerdings häufig im Bereich geringfügiger Beschäftigung, besteht. Die Kombination dieser verschiedenen Dienstleistungen verbessert die Chancen, ein wirtschaftlich tragfähiges Angebot zu schaffen, das zugleich eine Berufsperspektive für die Beschäftigten eröffnet. Maßnahmen zur Förderung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen können solchermaßen die Palette der Beschäftigungsfördermöglichkeiten ergänzen. Sie eignen sich (nur) für spezifische Zielgruppen und müssen auf den lokalen Arbeitsmarkt und die örtliche Nachfrage zugeschnitten werden.

Trotz dieser Einschränkungen handelt es sich bei den einfachen, haushaltsbezogenen Dienstleistungen um ein Tätigkeitsfeld, das zu Recht eine gewisse Förderung erfährt. Einerseits entstehen hier Arbeitsplätze, die auch von Menschen mit vorwiegend praktischer Orientierung besetzt werden können. Andererseits können reguläre Beschäftigungsverhältnisse entstehen, wo bislang Eigen- und Schwarzarbeit dominiert haben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass ein lohnender offizieller Markt für diese Dienstleistungen entsteht. Dabei spielen langfristige gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Faktoren (Präferenzänderungen, Steuer- und Abgabenregelungen) eine wichtige Rolle. Da haushaltsbezogene Dienstleistungen jedoch kleinräumig vermittelt werden, kommt der Region und den darunter liegenden Gebietskörperschaften ebenfalls eine wesentliche Bedeutung zu, zumal sich wichtige Parameter bereits auf der regionalen Ebene beeinflussen lassen.

1.3 Handlungsempfehlungen

In der Region Stuttgart waren in den letzten Jahren nicht nur wieder wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, sondern sie hat zugleich ihre früher eher passive Rolle mit Blick auf den laufenden Strukturwandel abgelegt. Insbesondere sind dabei erste Erfahrungen mit dem Instrument einer regionalen Innovationspolitik gemacht worden. Man kann konstatieren, dass hier – getragen auch von einem breiten Konsens der Akteure – versucht wird, in verschiedenen Dimensionen eine moderne Regionalpolitik zu konzipieren und umzusetzen.

Dies gilt auf der institutionellen Ebene für den Verband Region Stuttgart, zumal mit Blick auf die geplante Erweiterung seiner Aufgaben und Kompetenzen, sowie für die zunehmende regionale Ausrichtung wichtiger Akteure wie IHK, IG Metall oder Handwerkskammer (HK). Es gilt auch für die Organisation und Arbeitsweise der regionalen Wirtschaftsförderung, die jetzt Nachahmer etwa beim Kommunalverband Ruhrgebiet findet. Und es gilt insbesondere für die Methode, mit der die verschiedenen laufenden Zukunftsprojekte angegangen und umgesetzt werden: systematisch und kommunikativ, gerichtet auf Kooperation und Vernetzung der Akteure zur Erschließung der endogenen Potentiale, also des Know-hows in der Region, statt auf teure und wenig stabile Transfers von Außen zu setzen (worunter selbstverständlich nicht das erfolgreiche Einwerben von projektbezogenen Fördermitteln gerade für neue Ansätze der Existenzgründung oder neue Produktfelder zu verstehen ist).

Es geht uns im folgenden nicht darum, die vorhandenen Projekte und Initiativen zu referieren oder im Detail zu bewerten. Für ersteres ist an anderen Orten Raum, letzteres ist nicht Gegenstand unserer Untersuchung. Es geht uns vielmehr um Akzentsetzungen, um einige Ergänzungen sowie um weiterführende Überlegungen, sofern sie sich aus den im Strukturbericht dokumentierten Befunden oder aus weiteren Arbeitsfeldern der Institute ergeben.

1.3.1 Regionale Innovations- und Kooperationsförderung

Die Befunde dieses Strukturberichts über die wichtigsten Branchen der Region Stuttgart legen den Schluss nahe, dass eine Fortsetzung und Ausweitung des Ansatzes einer innovationsorientierten Regionalpolitik wünschenswert und geboten ist. Eine solche Orientierung auf die Region steht nicht im Gegensatz zur Globalisierung, sondern bedeutet die gezielte Stärkung und Einbeziehung regionaler Potenzen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen. Allerdings ist dies kein Selbstläufer, sondern erfordert spezifische Aktivitäten der regionalen Akteure. Regionalpolitik erhält hierdurch über die klassischen Instrumentarien der Infrastruktur- und Verkehrspolitik, des Flächenmanagements und Regionalmarketings hinaus eine gewichtigere und eigenverantwortlichere Rolle, die sie nur mit entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen ausfüllen kann.

Im Zentrum eines solchen Politikkonzeptes steht auf der einen Seite die stärkere Koordination der regionalen Aktivitäten in Querschnittsfeldern; ein gutes aktuelles Beispiel hierfür ist der Bereich E-Business. Auf der anderen Seite gewinnt die Initiierung und Begleitung von regionalen Netzwerken mit Blick auf regional bedeutsame Branchen und Cluster an Bedeutung. Solche Netzwerke zielen auf eine Verbesserung der Information, der Transparenz,

der Kommunikation und letztlich der Kooperation von kleineren und mittleren Unternehmen sowohl untereinander als auch mit Wissenschaft, Forschung und Politik. Die Organisation derartiger Netzwerke ist eine eigenständige Aufgabe und wird von uns als Clustermanagement bezeichnet.

Dabei stellt sich zu Recht die Frage, für welche Branchen und Cluster in der Region Stuttgart ein solcher Ansatz geeignet ist. Es kommt hier zunächst darauf an, diejenigen Segmente zu identifizieren, in denen entweder absehbare strukturelle Probleme zu erwarten sind, oder in denen es relevante Potenziale gibt, die auch mit Blick auf überregionale Märkte Perspektiven aufweisen. Diese Identifizierung ist ein dynamischer Prozess, da gerade solche Sektoren einem erheblichen Veränderungsdruck ausgesetzt sind. Es besteht in der Region Stuttgart heute ein Konsens über eine Art Agenda der für ein Clustermanagement relevanten Wirtschaftsbereiche. Wie folgende Aufzählung zeigt, handelt es sich zum Teil um traditionell in der Region verankerte Cluster, aber auch um potentielle, neu entstehende Cluster:

- die Automobilwirtschaft, insbesondere die Zulieferindustrie, und deren Erweiterung in Richtung Mobilitätswirtschaft,
- der Maschinenbau,
- die Medienwirtschaft,
- die Telekommunikation, die IT-Services und der Bereich E-Business,
- die Umwelttechnologie.

Diese Wirtschaftsbereiche sind dabei nicht nur unter industrieller Perspektive zu betrachten; von gleichrangiger Bedeutung sind die komplementären produktionsorientierten (technischen) Dienstleistungen sowie aus beschäftigungspolitischer Sicht die einfachen (personenbezogenen) Dienstleistungen.

Clustermanagement setzt einerseits an Kernproblemen, andererseits an Zukunftsperspektiven von Wirtschaftszweigen in der Region an. Es geht darum, Schwachpunkte und Entwicklungsdefizite zu identifizieren und spezifische Problemlösungen mit regionalen Akteuren auszuarbeiten. Hierzu zählt auch die Beseitigung von Blockaden, die bisher die Entwicklung innerhalb vorhandener Cluster behinderten. Hieraus ergeben sich jeweils sehr spezifische Aktivitäten und keineswegs ein einheitliches Rezept. So steht im Mittelpunkt der MedienRegion Stuttgart das Marketing der vorhandenen Stärken nach Innen und Außen, im Maschinenbau sind eher technologische Herausforderungen, etwa im Bereich der Steuerungen und des Services, zu bewältigen, und die Kfz-Zulieferer sind mit dem Problem einer Neuausrichtung der gesamten Wertschöpfungskette konfrontiert.

Neben der Eingrenzung der jeweiligen Zielgruppe ist die Frage zu beantworten, ob die regionale Ebene der geeignete räumliche Zuschnitt für clusterbezogene Aktivitäten ist. Hierfür sprechen zumindest zwei Argumente:

- Erstens ist für den Aufbau und die Begleitung von Netzwerken eine große räumliche Nähe der Beteiligten förderlich. Sie unterstützt den Aufbau einer gemeinsamen Identität, die Chancen zu direkten Kontakten sind groß, und es entsteht Raum für Beziehungen, in denen Vertrauen eine wichtige Stütze darstellt. Diese Überlegungen sprechen auch für einen eher kleinen Kreis von Akteuren; je größer er ist, desto größer ist auch die Anonymität, desto schwerer fällt die Etablierung eines akzeptierten und kompetenten Moderators. Andererseits ist eine gewisse Mindestgröße erforderlich, um aus solchen Netzwerken überhaupt Nutzen ziehen zu können: Es müssen neue Kontakte entstehen, neue Ideen sollen generiert, neue Märkte gemeinsam erschlossen werden.
- Zweitens spricht für die Region als angemessenem Bezugsraum, dass sie nicht nur in die Cluster investieren, sondern auch selbst an den Effekten partizipieren soll. Hier ist neben den allgemeinen Folgen einer wirtschaftlichen Prosperität vor allem an Imagefaktoren zu denken. Wenn die Region für eine Branche ein positives Image besitzt, fällt es viel leichter, Unternehmen zu halten oder anzusiedeln und die Region in der Welt bekannt zu machen. Positive Imagefaktoren sind ein wesentlicher Baustein für ein erfolgreiches Marketing der Region nach innen und außen.

Der Grundgedanke, solche Initiativen mit Blick auf die Region Stuttgart auszurichten, erscheint daher plausibel. Er ist im Grunde bestimmend sowohl für die laufenden als auch für neue Initiativen wie den Wettbewerb zur Förderung regionaler Kompetenzzentren. In diesem Handlungsfeld wurde bereits in der Vergangenheit eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten gestartet, von BioRegio über Mobilist, die MedienRegion und PUSH! bis hin zur Agenda-Initiative ZukunftsRegion. Für alle diese Aktivitäten ist der Projektbezug charakteristisch: Im Zentrum steht die Mobilisierung und Vernetzung der Akteure, beispielsweise koordiniert durch den Verband Region Stuttgart oder die regionale Wirtschaftsförderung (WRS). Gesucht wird nach pragmatischen und umsetzbaren Handlungsschritten, für die bei Bedarf externe Mittel eingeworben werden. Diese stellen jedoch eher eine Mobilisierungshilfe dar, sie sind keine existenzielle Voraussetzung der Aktivitäten. Eine solche Innovations- und Kooperationsförderung gilt bundes-, ja sogar europaweit mittlerweile als „state of the art“ einer modernen Regionalpolitik.

Die Initiierung und Begleitung von Verbundprojekten im Zentrum der regionalen Innovationsstrategie hat sich auf breiter Ebene als sinnvoll und operationalisierbar bestätigt. Allerdings muß jetzt in der Umsetzungsphase auch der Nachweis angetreten werden, daß mit ihnen spürbare Effekte für die regionale Entwicklung geleistet werden können. Hier stößt der Ansatz auf ernstzunehmende Probleme. Zu nennen ist als erstes die notwendige Kontinuität: Die Verständigung über die jeweiligen spezifischen Interessen, Konzepte und Handlungsfelder sowie die Bedingungen der einzelnen Akteure ist keine einmalige, sondern eine dauerhafte Aufgabe. Da zudem jede Branche ein spezifisches Herangehen benötigt und es bei den Akteuren in der Region Stuttgart nur begrenzte Ressourcen für einen solchen Ansatz des Clustermanagements gibt, müssen auf dieser Grundlage auch Prioritäten gesetzt werden. Hierfür fehlt es jedoch derzeit noch an klaren Kriterien.

Zweitens wird die starke Orientierung der Projekte auf einen relativ engen Kreis von Spezialisten kritisiert. Sowohl die Einbeziehung von erweiterten Zielgruppen als auch eine Erhöhung der Wirksamkeit der Aktivitäten in die breite Öffentlichkeit hinein erscheint dringend geboten. Auch dies wird jedoch zu einem höheren personellen und sachlichen Aufwand führen, der mit den vorhandenen Ressourcen nicht gedeckt werden kann. Es wird sich daher zeigen müssen, ob der positive Ansatz einer geringen Institutionalisierung und einer starken Projektbetonung mit den Anforderungen der Dauerhaftigkeit, Wirksamkeit und Öffentlichkeit vereinbar ist, oder ob sich so nur eher symbolische Aktivitäten generieren lassen.

Hinzu kommt, dass das Einwerben von Mitteln über Ausschreibungen wie auch das Management der Projekte zunehmend aufwendiger wird. Eine Ausweitung dieses Ansatzes zu einem regionalen Clustermanagement ist zwar von den politischen Entscheidungsträgern gewünscht, kann aber im Rahmen der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen kaum bewältigt werden. In diesen Zusammenhang fällt die zu geringe Verzahnung mit den strukturpolitischen Instrumenten des Landes. Insbesondere in der Beratung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), der Begleitung von Sanierungsfällen, dem Einsatz neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente sowie der Umsetzung von Förderprogrammen der EU als Zukunftsinvestition in den Arbeitsmarkt sind Ansatzpunkte zu sehen, die bislang weitgehend im Wirtschaftsministerium koordiniert und entschieden werden. Es erscheint mittelfristig notwendig, zur Erhöhung der Effizienz dieser Instrumente eine stärkere Regionalisierung vorzunehmen: Die Region bzw. ihre Einrichtungen sollten in die Umsetzung und Begleitung dieser Programme unmittelbar einbezogen werden. Der erste Prüfstein für einen solchen dezentralen Ansatz wird die derzeit laufende Programmentwicklung für die EU-Förderung 2000 bis 2006 sein, in der dem Land erhebliche Mittel für das Aufgabenfeld „Entwicklung der Humanressourcen“ zugewiesen werden.

Wettbewerb „Regionale Kompetenz- und Innovationszentren“

Die WRS führt im Auftrag des Verband Region Stuttgart einen Wettbewerb zur Einrichtung von regionalen Kompetenzzentren durch, bei dem alle Städte und Gemeinden der Region Stuttgart teilnahmeberechtigt sind und bis Ende des Jahres 1999 Projektanträge einreichen können. Im Zeitraum 2000 bis 2002 werden vom Verband maximal drei Mio. DM zur Förderung der Wettbewerbsbeiträge bereitgestellt. Für die Einrichtung von Kompetenzzentren geeignete Technologie- und Themenfelder sind nach einer Grundlagenstudie der Kommunalentwicklung Baden-Württemberg GmbH die Bereiche Mobilität, Kfz-Zulieferindustrie, Brennstoffzelle, Maschinenbau, Textilforschung, Umwelttechnologie, Multimedia, Softwareentwicklung, Solarenergie, Biotechnologie, Lasertechnologie und Mikroelektronik.

Ziel der Kompetenzzentren ist es, betriebliche Kooperationen und die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Hochschulen und Forschungsinstituten in die Wege zu leiten, um das innovative Potential der Region Stuttgart optimal zu erschließen und zu vernetzen.

Obwohl durch den Wettbewerb explizit „regionale Kompetenzzentren“ gefördert werden sollen, besteht, allein schon durch die Wettbewerbsstruktur mit Kommunen als Teilnehmern, die Gefahr, dass von der Reichweite her sehr stark lokal ausgerichtete Beiträge eingereicht und gefördert werden. Komplementär zu diesen Kompetenzzentren als lokale Standortgemeinschaften müssen auch auf regionale Cluster bezogene Instrumente, z.B. Clustermanagement und Networking, zum Zuge kommen, um das oben genannte Ziel für die Region Stuttgart zu erreichen und um die Region im globalen Wettbewerb zu profilieren. Vom Thema her geeignete lokale Kompetenzzentren können dann für ein Clustermanagement relevante Einzelbausteine zur Optimierung regionaler Clusterstrukturen sein. So könnte z.B. in einer regionalen Kfz-Kooperationsplattform Transparenz, Transfer und Vernetzung zwischen clusterbezogenen lokalen Kompetenzzentren initiiert bzw. hergestellt werden.

Clustermanagement: Kooperationsplattform Kfz

Schon im letzten Strukturbericht wurde das Zustandekommen eines regionalen Branchendialogs in der Kfz-Branche thematisiert. Die aktuellen Entwicklungen unterstreichen diese Überlegung. Im Gutachten wurde die wieder wachsende Bedeutung der Automobilwirtschaft ebenso herausgearbeitet wie die Risiken, die sich sowohl aus allgemeinen Branchentrends (Überkapazitäten und Sättigungstendenzen) als auch aus ungleichen Verteilungen von Umsätzen, Ergebnissen und Innovationen ergeben. Insbesondere wurde auf die Situation der kleinen und mittleren Zulieferer verwiesen, die in Produktion, Logistik und Innovation mit wachsenden Anforderungen

konfrontiert werden, denen sie aufgrund schmaler Gewinnmargen sowie geringer personeller und technologischer Ressourcen nur mit großen Anstrengungen Rechnung tragen können.

Kooperationen und Netzwerke bieten einen Ansatz, wie dennoch Handlungsspielräume und damit Entwicklungschancen der Zulieferer erhalten oder neu geschaffen werden können. Zwar gibt es bereits derartige Ansätze zwischen den Kfz-Herstellern und den Systemlieferanten, aktuelle Forschungsergebnisse verweisen aber auf beträchtliche Defizite bei Kooperationen zwischen Teile- und Systemlieferanten (vertikale Beziehungen) sowie zwischen den einzelnen Teilelieferanten (horizontale Beziehungen).

Vorteile für Betriebe ergeben sich dadurch, dass sie sich durch ihre Teilnahme am Branchendialog rechtzeitig mit neuen technologischen Trends auseinandersetzen und sie auf die Konsequenzen für ihre jeweilige Marktposition hin überprüfen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Brennstoffzellen-Technologie mit ihren Einsatzmöglichkeiten in Kraftfahrzeugen. Schon heute ist sicher, dass sich die Wertschöpfungskette im Fahrzeugbau, die ja gerade in der Region Stuttgart stark auf den Antriebsstrang hin ausgerichtet ist (z.B. mit Betrieben wie Daimler-Chrysler Untertürkheim, Bosch, Mahle, Getrag, Beru, aber auch mit Maschinenherstellern für dieses Segment wie Hüller-Hille oder Heller), mit der Einführung der Brennstoffzelle in Kfz erheblich verändern würde. Dies bietet nicht nur Risiken: So wird es etwa Bedarf an einer Vielzahl neuer und spezialisierter Teile geben, die jedoch ein anderes Know-how und andere Produktionstechniken als das heutige Teilespektrum erfordern. Unsicher ist allerdings, wann und in welchem Umfang diese Technologie in Kfz zum Einsatz kommt; derzeit deutet manches darauf hin, dass sich der Serienstart vom ursprünglich geplanten Jahr 2004 in die weitere Zukunft verschieben wird. Die Situation ist also in mehrfacher Hinsicht von Unsicherheit gekennzeichnet; hier kann die Kooperationsplattform durch regelmäßige Informationsveranstaltungen sowie über die Knüpfung von Kontakten dazu beitragen, daß sich die Betriebe angemessen auf diese neue Entwicklung vorbereiten können. Doch nicht nur die Betriebe können von einem solchen Ansatz profitieren, auch für die Region sind positive Effekte dadurch zu erwarten, dass die Bindung der Betriebe an die Region erhöht wird. Damit können Abwanderungen in benachbarte Regionen (Neckar-Alb, Franken) zumindest abgebremst werden.

Der Struktur des Kfz-Clusters entsprechend dreigliedrig (Endhersteller, Systemlieferant und Teilezulieferer) sollte auch die Zielorientierung des Kfz-Clustermanagement ausgerichtet sein. Bei den Endherstellern und einzelnen großen Systemlieferanten handelt es sich um ein bereits funktionierendes Clustersegment, bei dem regionale Handlungsmöglichkeiten relativ begrenzt sind. Mit Blick auf prosperierende System- und Teilehersteller bedeutet Clustermanagement, die Nutzung vorhandener betrieblicher Innovationspotentiale zu forcieren und auf brachliegende Potentiale hinzuweisen.

Hier geht es in einem ersten Schritt darum, den Kommunikations- und Informationsfluss zwischen den Zulieferunternehmen in der Region zu organisieren, indem ein Raum geschaffen wird, der Unternehmen und Einrichtungen einen konstruktiven und effizienten Informationsaustausch bietet. Im dritten Clustersegment, den kleinen und mittleren Teileproduzenten in oft prekärer wirtschaftlicher und technologischer Situation, sind die Aktivitäten eines Clustermanagements besonders notwendig, aber auch schwierig. Denn hier geht es um langfristige Veränderungen innerhalb eines regional bedeutsamen Segments, in dem die Unternehmen aber eher defensiv reagieren und ihre Innovationsaktivitäten nicht oder kaum auf neu strukturierte Märkte ausrichten (können). Hier besteht die Aufgabe darin, einen Diskurs über mögliche Veränderungen und zukünftige Erfordernisse aufgrund der globalen Nachfrageentwicklungen zu initiieren und geeignete Modellprojekte (z.B. Diversifizierung) in die Wege zu leiten.

Als Einstieg in ein regionales Clustermanagement müßte ein Forum für den Branchendialog geschaffen und moderiert werden. Um dies kontinuierlich zu gewährleisten, sollte bei einer neutralen Instanz die Stelle eines „Kfz-Clustermanagers“ eingerichtet werden. Im weiteren Verlauf liegt der Tätigkeitsschwerpunkt dieses Ansatzes in der konkreten Anbahnung, Unterstützung und aktiven Begleitung von Kooperationen zwischen Kfz-Zulieferbetrieben. Die geplanten Informationsveranstaltungen haben trotz ihrer Relevanz für das Gesamtprojekt einen eher flankierenden Charakter für das Kooperationsmanagement, indem sie die Anstöße zur Zusammenarbeit geben. Das gesamte Spektrum des Kfz-Clustermanagements kann nur von einem breiten Trägerkreis geleistet werden. Alle Beteiligten in diesem Verbund relevanter Institutionen müssten bereit sein, hierfür personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. In dieser Form ist Clustermanagement für die Region Stuttgart auch eine sinnvolle Ergänzung zur Ende des Jahres startenden – vom Wirtschaftsministerium initiierten – Landesinitiative für Kfz-Zulieferer.

Es darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, als wäre eine Konzentration ausschließlich auf den Kfz-Bereich eine hinreichende Strategie für die Entwicklung der Region Stuttgart. Ein weiterer zentraler Ansatz ist in der Erweiterung der Kernkompetenz von einer Verkehrs- hin zu einer Mobilitätsregion zu sehen. Ein wichtiges Instrument für diese Strategie ist in dem vom Bundesforschungsministerium (BMBF) mit 25 Mio. DM geförderten regionalen Verbundprojekt Mobilist zu sehen. Die Beteiligung von Großunternehmen, KMU, Forschungseinrichtungen, Kommunen sowie dem Verband Region Stuttgart bietet gute Voraussetzungen dafür, sowohl neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln als auch sie prototypisch anzuwenden. So wird im Handlungsfeld „Mobilitätsdienstleistungen“ unter Federführung von Daimler-Chrysler ein dynamischer Mitfahrerservice mit Sprachsteuerung entwickelt. Durch diesen flexiblen, IuK-gestützten Mitfahrerservice für stark

frequentierte Routen im Berufspendlerverkehr soll für den Daimler-Chrysler-Standort Sindelfingen die Bündelung von Verkehrswünschen in dynamischen Fahrgemeinschaften erreicht werden. Im gleichen Handlungsfeld wird für die Mitarbeiter von Hewlett-Packard ein Transportauskunftssystem erprobt. Weitere Handlungsfelder bei Mobilist sind die „Betriebsoptimierung“ im Individual- und Öffentlichen Verkehr (u.a. Verkehrsleitsysteme) sowie „Verkehrssubstitution“ (u.a. durch Telearbeit, eine elektronische regionale Shopping-Mall mit Distributionssystem und raumplanerische Konzepte zur Vermeidung von Freizeitverkehr). In der prototypischen Umsetzung der neuen Produkte und Dienstleistungen liegt eine wesentliche Aufgabe solcher Leitprojekte, denn Referenzobjekte sind ein wichtiger Faktor bei der Vermarktung und erleichtern es Bürgerinnen und Bürgern, sich mit einem neuen Produkt zu identifizieren.

Konzentriertes Management für die Informationstechnologie

Dem Feld des Electronic Commerce und E-Business kommt für die Zukunft sowohl der Industrie- wie auch der Dienstleistungsunternehmen eine große Bedeutung zu. Insbesondere KMU stehen vor der Herausforderung, zusätzlich zu ihren bestehenden Kernkompetenzen in den Feldern Engineering, Produktion und Produkte sich Fähigkeiten im Service, im aktiven Kundenbeziehungsmanagement sowie im Aufbau von neuen Wertschöpfungspartnerschaften anzueignen. Die Neudefinition und Integration der Prozesse mit Hilfe von E-Business stellt hierfür eine Schlüsseltechnologie dar.

Im Rahmen einer gemeinsam von der IHK, der HK, der WRS sowie der Stadt Stuttgart geförderten, aktuellen Studie „E-Business: Chancen für die Region Stuttgart“ werden der Region erhebliche Potenziale im Bereich E-Commerce attestiert (IHK 1999). Dies gilt sowohl für die Nachfrageseite (potenzielle Anwender und Kunden) als auch für die Anbieterseite. Allerdings gibt es auch das Risiko, zwischen den sich herausbildenden Zentren im Bereich neue Medien und Telekommunikation (Köln, München, Hamburg, Berlin) in eine gewisse Randlage zu geraten.

Die Haupthemmnisse zur Nutzung der Potenziale werden nicht im Bereich der technischen Infrastruktur gesehen, sondern in Informationsdefiziten, Akzeptanzfragen und einer fehlenden „Geschäftsroutine“, die sich erst bei intensiverer Nutzung realisieren lässt. Auf regionaler Ebene werden in Stuttgart gute Ansätze in Projektinitiativen wie dem Online-Marktplatz Stuttgart oder Wettbewerben wie Mobilist, Media@Komm oder dem Electronic Commerce Centrum gesehen. Verglichen mit den Aktivitäten anderer Regionen werden Defizite bei einer zu gering ausgeprägten Leitvision, in fehlenden Identifikationsfiguren, einer zu geringen Koordination der Akteu-

re und der laufenden Projekte sowie in fehlenden Marketingstrategien nach Innen und Außen gesehen.

Hieraus wird in der Studie der Vorschlag abgeleitet, ein intensiveres, synergetisches Zusammenwirken aller beteiligten Institutionen und Akteure zu etablieren. Zur Förderung des Bereiches E-Business werden nicht verzelte Initiativen, sondern eher ein komplexes Management auf regionaler Ebene benötigt. Die Vorschläge zielen im Grundsatz – ähnlich wie hier bereits für den Automobilbereich vorgeschlagen – auf die Etablierung eines Clustermanagements mit entsprechenden Handlungsfeldern wie der Erhöhung der Transparenz und Information, der Durchführung von Kompetenzwettbewerben, dem Aufbau und der Koordination eines Beraterteams für KMU sowie der Entwicklung strategischer Ziele und Leitvisionen mit den zugehörigen Leitprojekten und Umsetzungsplanungen. Die Verabredung der IHK, der HK, der WRS sowie der Stadt Stuttgart, in Zukunft ihre medienpolitischen Aktivitäten abzustimmen und zu koordinieren, ist daher ein wichtiger Schritt, um die vorhandenen Chancen der Region Stuttgart optimal nutzen zu können.

Existenzgründung und Technologietransfer

Ein im Zusammenhang der innovationsorientierten Regionalpolitik wichtiger Ansatz ist die seit Januar laufende Existenzgründungs-Initiative PUSH! (Partnernetz für Unternehmensgründungen aus Stuttgarter Hochschulen), die zugleich durch ihre Orientierung auf Hochschulabsolventen einen Impuls für den Technologietransfer und die Beschleunigung von spin-offs aus der Forschung anstrebt. PUSH! ist darüber hinaus auch von seinem Beratungsansatz her interessant: Es zielt nicht nur auf eine quantitative Ausweitung von Gründungsaktivitäten, sondern ausdrücklich auf deren langfristige Überlebenschancen. Hierzu sollen über PUSH! Mittel für Beratungs-, Qualifizierungs- und Betreuungsdienste bereitgestellt, Flächen und Infrastruktur z.B. in Gründerzentren vermittelt sowie eine Unterstützung bei der Organisation des Marktzugangs geleistet werden. PUSH! soll zudem Transparenz in dem schwer durchschaubaren Bereich von Qualifizierungsangeboten schaffen; der Weiterbildungsmarkt wird strukturiert aufbereitet und für etablierte Angebote wird eine Zertifizierung erarbeitet. Neben der Erstberatung vermittelt PUSH! zudem Coaches, die ein junges Unternehmen bis zu seiner Stabilisierung fachlich begleiten. Mit dieser Gesamtkonzeption und der längerfristigen Begleitung der Unternehmensgründungen erfährt die Existenzgründungsberatung eine wichtige konzeptionelle Erweiterung.

ZukunftsRegion Stuttgart

Als weitere regionale Kooperationsplattform wurde Mitte 1998 im Zuge des bundesweiten Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ das Projekt Netzwerk Zukunftsregion Stuttgart als Impulsgeber und Träger einer regionalen Agenda 21 ins Leben gerufen. Dieser projekt- und prozessorientierte Ansatz einer regionsbezogenen Kooperation – zwischen BewohnerInnen der Region, Initiativen (z.B. FrauenRatschlag), Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Kommunen unter Federführung des VRS – für eine an Nachhaltigkeit orientierte Regionalentwicklung ist als neuartiges politisches Steuerungsmodell auf regionaler Ebene zu bezeichnen. Organisatorische Elemente dieser „regionalen Dialogstruktur“ sind die „Regionale Koordinationsgruppe“ und acht Arbeitsgruppen zu folgenden strategischen Handlungsfeldern für die angestrebte nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung: Umweltverträgliche Mobilität, Wirtschaft und Umwelt, zukunftsfähiges Planen und Bauen, neue Arbeitswelten, Gewerbeflächenmanagement, Landschaftspark, Vernetzung der Lokalen Agenden 21, regionale Identität und Kultur. Als Leitprojekt wurde ein Verkehrsprojekt gewählt: Entlang einer S-Bahn-Linie sollen alle Verkehrsmittel, die für eine Wegekette nutzbar sind, miteinander verknüpft, Zugangshemmnisse abgebaut und gezielte Serviceleistungen angeboten werden. Weitere Projekte, wie die Entwicklung von Landschaftsparks, die Reaktivierung von Gewerbebrachen, ein virtuelles Energieberatungszentrum, eine regionale Solarinitiative usw., sind in Vorbereitung bzw. bereits in Umsetzung. Die ZukunftsRegion bietet dafür ein gemeinsames Dach, erleichtert damit die Öffentlichkeitsarbeit und verbessert so die Wirksamkeit der Projekte.

Eine Klammer für die ZukunftsRegion Stuttgart könnte in der für die Region Stuttgart dringend notwendigen Auseinandersetzung mit der Brennstoffzellen-Technologie liegen. Sowohl beim Leitprojekt aus dem Verkehrsbereich als auch bei den Projekten zum energie- und ressourcensparenden Bauen und Wohnen und der Solarinitiative könnte die Brennstoffzelle als umweltfreundlicher, mobiler und stationärer Energieerzeuger thematisiert werden und in Pilotprojekten zum Einsatz kommen. Damit könnte das Projektnetzwerk dazu beitragen, in der Region frühzeitig diese mögliche Basistechnologie des 21. Jahrhunderts zu implementieren und damit auch eine Chance für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Stuttgart zu nutzen.

Der mit der ZukunftsRegion zum Ausdruck kommende neue Ansatz regionaler Politik zielt auf die Etablierung eines regionalen Politikkonzepts, das auf Partizipation und auf die Bündelung von Kräften durch Netzwerke setzt. Das Projektnetzwerk Zukunftsregion Stuttgart hat dabei zum Ziel, die durch unkoordiniertes Nebeneinander von Aktivitäten verschenkten Potenziale der Region durch stärkere Zusammenarbeit zu mobilisieren.

1.3.2 Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik

Die aktuelle Arbeitsmarktsituation verdeutlicht einmal mehr die Bedeutung der Aus- und Weiterbildung sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer. Die Rekrutierungsprobleme für qualifiziertes Personal in einigen Bereichen sind hierfür ein Beleg. Aber auch für die Beschäftigten wird ein Wandel der Tätigkeiten und der benötigten Qualifikationen zum Regelfall. Dies gilt nicht nur für eine kleine Gruppe von Arbeitnehmern; vielmehr müssten Qualifizierung on the job und lebenslanges Lernen für die große Mehrzahl der Beschäftigten ein sehr wichtiges Thema sein.

Besondere Bedeutung erhalten dabei Querschnittsqualifikationen, wie die Fähigkeit zum Lernen, zur Organisation von Arbeitsprozessen sowie soziale Kompetenzen (z. B. Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit) usw.. Im Unterschied zur Fachkompetenz im engeren Sinne, die aufgrund der häufig schnellen Veränderungen kaum auf längere Sicht planbar ist, können diese Fähigkeiten oft unmittelbar eingesetzt werden; bei Dienstleistungstätigkeiten werden sie in der Regel vorausgesetzt. Dabei unterscheiden sich die Anforderungen an die sozialen Kompetenzen in den verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten gravierend. In Einzelfällen erfordert ihre Vermittlung und Entwicklung einen sozialarbeiterischen Einsatz, der nur in Kooperation von Arbeitsamt und Kommune erbracht werden kann.

Qualifizierung ist auch die beste Strategie für die geringfügig Beschäftigten, die mit einer (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit nicht (wesentlich) über den Sozialhilfebedarf hinauskommen. Von dieser Problematik ist allerdings nur ein sehr kleiner Anteil der geringfügig Beschäftigten betroffen, weil die meisten geringfügig Tätigen als Hausfrauen, Studenten, Nebenerwerbstätige etc. anderweitig finanziell abgesichert sind. Wenn also Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger über einen längeren Zeitraum auf 630-DM-Basis arbeiten, ohne in den Bereich sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung integriert zu werden, ist darin kein eigenständiges 630-DM-Problem zu sehen, sondern ein Zusammenspiel regional kaum beeinflussbarer hoher Sozialversicherungsbeiträge und relativ niedriger Arbeitsproduktivität. Regionale Maßnahmen zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus leisten zugleich einen Beitrag zur Lösung dieses 630-DM-Problems, wenn damit die Fähigkeit zur Erzielung eines Einkommens über der Sozialhilfeschwelle vermittelt wird.

Auch zur Verbesserung der Arbeitsplatzchancen von Frauen spielt die Vermittlung breitangelegter, beschäftigungsrelevanter Qualifikationen nach wie vor eine zentrale Rolle. Dies gilt gleichermaßen für ungelernete wie auch für gut ausgebildete Frauen, die als Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsrückkehr ihr Wissen anpassen und aktualisieren müssen. Darüber hinaus beschränkt die häufige Doppelbelastung durch Familie und Beruf, die dazu führt, dass Frauen in wesentlich größerem Umfang nur Teil-

zeittätigkeiten ausführen können, auch die Zeit, die für Weiterbildungen zur Verfügung gestellt werden kann. Ganztageseschulungen oder gar Blockseminare an einem anderen Ort werden schnell zu einem Problem für Frauen mit Kindern. Von den Arbeitsämtern angebotene „Weiterbildung in Teilzeit“ ist ein wichtiges Instrument, um auch teilzeitbeschäftigten Frauen und Berufsrückkehrerinnen den Erwerb von Qualifikationen zu ermöglichen.

Als innovative Frauenfördermaßnahme auf regionaler Ebene ist die Schaffung von Mentoring-Strukturen – angelehnt an eine landesweite Internet-Initiative von FH-Professorinnen – in Betracht zu ziehen. Hierbei spielt der FrauenRatschlag eine wesentliche Rolle. Ein weiteres regionales Handlungsfeld ist die Unterstützung und Förderung von betrieblichen Ansätzen und Modellprojekten für Qualifizierungsmaßnahmen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und die regionale Vernetzung dieser Ansätze.

Unter diesen Voraussetzungen werden die Bereiche Aus- und Weiterbildung – trotz der derzeitigen Stagnation in diesem Beschäftigungsfeld – langfristig keinesfalls an Bedeutung verlieren. Um unnötige Ausgaben zu vermeiden, gilt es, die Investitionen in diesen strategischen Faktor zu koordinieren und vorrangig die Möglichkeiten und Angebote der vorhandenen Einrichtungen (Bildungshäuser, Volkshochschulen und Berufsschulen sowie andere Bildungsträger) zu nutzen. Auch bei einem optimierten Einsatz neuer Technologien wird die menschliche Arbeitskraft in der Vermittlung von Wissen höchstens teilweise durch Technik ersetzbar sein.

Während in den letzten Jahren bereits Anstrengungen unternommen wurden, die Übersicht auf dem Weiterbildungsmarkt zu erhöhen, obliegt es den Unternehmen und ihren Mitarbeitern, eine Auswahl aus dem inzwischen sehr breiten Angebot verschiedener Inhalte und Vermittlungsformen zu wählen. Diese Entscheidung ist von Personen, die sich nicht kontinuierlich mit Weiterbildung befassen, schwer zu treffen. Für sie ist eine qualifizierte Beratung nahezu unverzichtbar. Sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer sollten bei Entscheidungen über die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen auch die zentralen Trends in der Branche bzw. im Beruf berücksichtigt werden. Das setzt einen entsprechenden Informationsstand voraus. Ein Ansatzpunkt und wichtiger Bestandteil aktiver Arbeitsmarktpolitik auf regionaler Ebene kann hierbei der Aufbau und die Koordinierung eines Netzwerkes von Arbeitsämtern, Weiterbildungsträgern, kommunaler/regionaler Politik, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen sein, um regelmäßig Weiterbildungsbedarfe zu identifizieren und ein abgestimmtes Vorgehen zu beraten; die regionalen Arbeitsgemeinschaften für betriebliche Fortbildung sollten in diesen Abstimmungsprozess einbezogen werden.

Erfahrungen etwa in Österreich zeigen, dass die Erweiterung der Aufgaben der Arbeitsämter in Richtung eines umfassenden „Arbeitsmarkt-Services“ sowie die enge Kooperation des Arbeitsamtes mit weiteren Bera-

tungseinrichtungen und betrieblichen Personalverantwortlichen sinnvoll ist. Insbesondere könnten darüber die schon heute vorhandenen Instrumente einer innovativen Arbeitsmarktpolitik und hier in erster Linie der Innovationsfonds der Arbeitsämter auch für betriebliche Praktiker bekannter und damit vermehrt angewandt werden.

Generell erscheint eine systematische und langfristig ausgelegte Personalentwicklung in den Unternehmen bislang nur schwer umsetzbar. Zwar ist die Notwendigkeit eines verbesserten „Human Resource Managements“ allgemein akzeptiert, die Personalabteilungen – insbesondere von KMU – werden jedoch häufig mit kurzfristigen Anforderungen belegt, so dass das Tagesgeschäft die strategische Bedeutung der Personalentwicklung in den Hintergrund drängt. Deshalb sind Initiativen wie das von der Bertelsmann-Stiftung und den regionalen Trägern Bosch und Hewlett Packard geförderte Projekt „Systematisches Beschäftigungsmanagement“ begrüßenswert. Dabei geht es nicht nur um die Entwicklung von Methoden und Hilfen, mit denen z.B. eine betriebliche Personalbedarfsplanung durchgeführt werden kann. Vielmehr erscheint auch eine öffentlichkeitswirksame Flankierung solcher Aktivitäten erforderlich. Damit können einerseits positive Beispiele geschaffen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und andererseits erhalten die Akteure eines solchen Beschäftigungsmanagements die Unterstützung, diese Projekte auch in Phasen konjunktureller Schwankungen weiterzuführen. Hierzu erscheint es sinnvoll, eine Art regionales Gütesiegel „Personalentwicklung“ gemeinsam mit interessierten Unternehmen zu entwickeln und zu verbreiten. Eine dahingehende Initiative würde vor allem der Förderung der IHK und ihrer Mitgliedsfirmen bedürfen.

Neue Handlungsfelder für die Region eröffnen sich auch durch die Reform der EU-Strukturfonds. Diese mit dem Beginn nächsten Jahres in Kraft tretenden neuen Förderrichtlinien sehen vor, dass Fördermittel verstärkt auf regionaler und lokaler Ebene vergeben werden sollen. Hierzu bedarf es eines entsprechenden Diskussionsprozesses innerhalb der Region. Die Regionale Beschäftigungsagentur (Rebag) könnte eine wichtige Koordinations- und Vermittlungsaufgabe zwischen dem Land als der bislang einzigen steuernden Instanz der EU-Projekte und zwischen den verschiedenen Beteiligten in der Region übernehmen. Auch solche Koordinationsleistungen werden von der EU inzwischen als förderfähig angesehen. Inhaltlich wird sich die EU-Förderung für die Region Stuttgart auf das Ziel 3, die Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und –systeme, beschränken. Kernpunkte dabei sind „innovative Arbeitsmarktpolitik“, „Frauenförderung“, „lebenslanges Lernen“, „Stärkung der unternehmerischen Initiative“ und die „Integration von Minderheiten und Behinderten“. In diesem Rahmen ist aus unserer Sicht eine Schwerpunktinitiative zur Qualifizierung von Un-

und Angelernten in der Industrie ein geeignetes Projekt, um den in diesem Bericht beschriebenen Trends der Beschäftigungsentwicklung zu begegnen.

Diesen auch von der EU-Kommission ausgelösten Impuls zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik sollte die Region aufgreifen. Eine Vertiefung der regionalen Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik ist angesichts einer Vielzahl wirtschaftsstruktureller Gemeinsamkeiten und des regionalen Zusammenhangs sinnvoll, zumal die Beschäftigungsförderung ohnehin vorwiegend kleinräumig stattfindet und eine Koordination dieser beiden Handlungsfelder auch zukünftig wichtig erscheint.

1.3.3 Mehr Dienstleistungsarbeitsplätze für Geringqualifizierte: Möglichkeiten und Grenzen

Noch immer findet ein vergleichsweise hoher Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung in der Region Stuttgart einen Arbeitsplatz im Verarbeitenden Gewerbe. Allerdings sind diese Stellen massiv abgebaut worden. Diese Tendenz, wird sich voraussichtlich weiter fortsetzen. Damit stellt sich gerade in der Region Stuttgart die Frage, wie die Position gering qualifizierter Arbeitnehmer dauerhaft gesichert werden kann.

Einfache Dienstleistungen

Die Mehrzahl der wissenschaftlichen Untersuchungen sieht Beschäftigungspotentiale in Teilbereichen der einfachen Dienstleistungen, speziell in der häuslichen Pflege sowie im Bereich der hauswirtschaftlichen Dienste. Allerdings kommen die Arbeitsmarktprognosen übereinstimmend zu dem Schluss, dass nicht nur die Zahl der Einfacharbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe, sondern die gesamte Nachfrage nach wenig qualifizierten Tätigkeiten in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren deutlich zurückgehen wird. Dies gilt auch dann, wenn es gelingen sollte, durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen (Steuern, Sozialversicherung) in Teilbereichen des Dienstleistungssektors neue Märkte und Beschäftigungspotentiale zu erschließen. Die Qualifizierung gerade der gering qualifizierten Beschäftigten muss daher soweit wie möglich Vorrang vor einem Verweis auf einfache Arbeitsplätze besitzen. Zumal es sich selbst in den Bereichen der vermeintlich „einfachen“ Dienstleistungen immer weniger um wirkliche Einfacharbeitsplätze handelt. Vielmehr stellen gerade Dienstleister spezielle Anforderungen an die sozialen Kompetenzen und eine aufgabenorientierte Professionalisierung von Mitarbeitern mit geringer formaler Qualifikation.

Trotz der Bedeutung von beruflicher Qualifizierung können nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Qualifikation erwerben, die sie von der Verfügbarkeit an Einfacharbeitsplätzen unabhängig macht. Für die-

se Personengruppe stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten bestehen in der Region, Arbeitsplätze für Geringqualifizierte bereitzustellen.

Die Anforderungen (soziale Kompetenzen, aufgabenorientierte Professionalisierung) an gering qualifizierte Beschäftigte im Dienstleistungssektor unterscheiden sich teilweise deutlich von den Anforderungen im Verarbeitenden Gewerbe. Weitere sektorspezifische Unterschiede liegen in vielen Fällen im Entlohnungsniveau für vergleichbare Tätigkeiten, in der unterschiedlichen sozialen Anerkennung und in den Arbeitszeitstrukturen. Aufgrund dieser Faktoren ist der direkte Wechsel aus einer einfachen Tätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe in den Dienstleistungsbereich derzeit – nicht nur in der Region Stuttgart – eher eine Ausnahme. Für gering qualifizierte Beschäftigte, deren Arbeitsplatz im Strukturwandel gefährdet ist, bietet sich daher eine Weiterqualifizierung und –vermittlung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes an, die an den Erfahrungen der Vergangenheit anknüpfen kann.

Für die Konzeption einer solchen Weiterqualifizierung und –vermittlung in vergleichbare Tätigkeitsbereiche eignen sich regionale Akteure, da die Region als Gesamtarbeitsmarkt zu sehen ist, der über die einzelnen Kreisgrenzen deutlich hinausreicht. So ist die Rebag als Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern bereits auf der richtigen Ebene angesiedelt. Angesichts der Anzahl der vom Strukturwandel betroffenen Arbeitsplätze ist die Rebag mit dieser Aufgabe jedoch eindeutig überfordert. Die bestehenden Initiativen der Arbeitsämter und der Industrie- und Handelskammer zur beruflichen Weiterbildung Geringqualifizierter sind daher notwendig und sachgerecht. Insgesamt sollte die gerade in der Region sehr wichtige Weiterqualifizierung und -vermittlung Geringqualifizierter speziell im Verarbeitenden Gewerbe eine noch stärkere Betonung und Mittelausstattung erfahren als dies bereits heute der Fall ist.

Über die Weiterqualifizierung und -vermittlung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten in andere bestehende Arbeitsplätze hinausgehend ist die Erschließung neuer Arbeitsplätze für Geringqualifizierte eine bedeutsame Alternative. Modellversuche, in denen eine Koordinierungsstelle aus Tarifpartnern und Verbänden die Unternehmen dabei berät und unterstützt, neue einfache Arbeitsplätze einzurichten, könnten auch in der Region in Erwägung gezogen werden. Diese Aktivitäten müssen sich nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger beschränken. Eine solche Strategie zur Schaffung neuer Stellen kann die Weitervermittlung und -qualifizierung von Erwerbstätigen ergänzen. Die Konzeption und Koordination dieser Strategie sollte auf der Regionsebene erfolgen, da hierzu der kreisübergreifende Gesamtarbeitsmarkt der Region Stuttgart ins Blickfeld zu rücken ist. Zu einer direkten, umfassenden Beratung und Unterstützung der einzelnen Unternehmen vor Ort wären die re-

gionalen Träger jedoch nicht in der Lage. Besser geeignet sind hier Tarifpartner, Kammern, Verbände, Arbeitsämter und Arbeitsamtsdienststellen auf Kreis- und Stadtebene, zumal diese in der Regel genauere Kenntnis der konkreten Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung einer solchen Strategie besitzen.

Während die einfachen Dienstleistungstätigkeiten für gering qualifizierte Bewerber aus dem Verarbeitenden Gewerbe häufig nur schwer zugänglich sind, eröffnet die wachsende Zahl der Stellen in diesen Bereichen Chancen für Neu- und Wiedereinsteiger, sofern die beschriebenen Voraussetzungen des Dienstleistungsarbeitsmarktes vorhanden sind oder zuvor vermittelt wurden. Für Jugendliche, manche Arbeitslose sowie Frauen nach der Kindererziehung kann die Entwicklung neuer Märkte für einfache Dienste daher interessante Perspektiven bieten.

Die Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen in den Dienstleistungsbereich setzt voraus, dass diesen Jugendlichen zugleich eine berufliche Perspektive eröffnet wird. Das ist im Regelfall nicht mit einer reinen Anlern Tätigkeit möglich, sondern setzt eine Ausbildung und letztlich auch Aussichten auf einen beruflichen Aufstieg voraus. Dazu müssen Berufsbilder für einfache Dienstleistungstätigkeiten entwickelt werden. Entsprechende Modellvorhaben, die den traditionellen Beruf „Hauswirtschaftlerin“ auf diese Bedürfnisse anpassen wollen, gibt es und können auch in der Region stärker zum Zuge kommen. Aufgrund der regionalen Arbeitsmarktsituation wird eine solche Ausbildung jedoch nur in der Stadt Stuttgart Nachfrage finden. In den anderen Kreisen der Region sind der Anteil geringqualifizierter, die eine Tätigkeit im Dienstleistungsbereich finden, und die Nachfrage nach solchen Angeboten noch zu gering.

Obwohl überregionale gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen (z.B. gesellschaftliche Anerkennung einfacher Dienste, Steuer- und Sozialversicherungssystem) von Bedeutung für die Erschließung der Beschäftigungspotentiale einfacher Dienste sind, können die Region und ihre Kreise wesentliche Voraussetzungen für die Nutzung dieser Beschäftigungspotentiale schaffen. So sind privatwirtschaftlich arbeitende Unternehmen ohne weitere Unterstützung derzeit – insbesondere im Bereich der „hauswirtschaftliche Dienste und Pflege – nicht selten überfordert. Schließlich sind diese vermeintlichen Zukunftsmärkte noch durch die bislang nicht ausreichende Qualitätssicherung der angebotenen Leistungen, durch eine mangelnde Markttransparenz sowie durch die Notwendigkeit zur Professionalisierung, Entwicklung aussichtsreicher Karrieremuster und zur Erschließung weiterer Nachfrager und Produkte geprägt.

Die Entwicklung aussichtsreicher Karrieremuster wird bei den kommerziellen Anbietern einfacher hauswirtschaftlicher und Pflegeleistungen derzeit durch die Konkurrenz zur Schattenwirtschaft beeinträchtigt. Die

schmalen Gewinnmargen erlauben Einzelanbietern oftmals lediglich den Einsatz geringfügig Beschäftigter. Vor diesem Hintergrund können sich aussichtsreiche Karrieremuster, die beispielsweise die Aufnahme einer dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erlauben nur entwickeln, wenn privatwirtschaftlichen Anbieter zwar teurer sind, aber auch eine bekanntermaßen qualitativ höherwertige Leistung erbringen. Ein Beitrag hierzu stellt die Einführung einer in der Region bekannten Qualitätsgarantie der Leistungserbringer dar. Damit diese Qualitätsgarantie den notwendigen Bekanntheitsgrad erreicht und ein unkoordiniertes Nebeneinander verschiedener Qualitätsstandards verhindert wird, wäre es vorteilhaft, diese Standards auf der regionalen Ebene zu erarbeiten. Der Verband Region Stuttgart könnte eine Moderatoren- und Koordinatorenrolle zwischen Tarifparteien, Verbänden sowie Krankenkassen (speziell im Pflegebereich) übernehmen.

Darüber hinaus eignen sich Dienstleistungspools, die sich durch ein breiteres und nicht auf Gesundheitsdienstleistungen beschränktes Angebot von den Sozialstationen unterscheiden – insbesondere im Bereich hauswirtschaftlicher Dienste – besser als einzelne geringfügig oder schwarz beschäftigte ArbeitnehmerInnen, um den Wunsch der Nachfrager nach einem verlässlichen Service zu befriedigen. Ein solchermaßen verbesserter Service erlaubt – insbesondere in Verbindung mit einer allgemein bekannten Qualitätsgarantie – eher die Beschäftigung sozialversicherter MitarbeiterInnen in einem betrieblichen Umfeld mit langfristigen beruflichen Perspektiven. Darüber hinaus sind Dienstleistungspools besser geeignet, die Professionalisierung und Qualifizierung formal gering qualifizierter Mitarbeiter zu gewährleisten. Einschränkend muss allerdings betont werden, dass auch die in der Region Stuttgart bestehenden Dienstleistungspools die Kosten ihrer sozialversicherten Beschäftigungsverhältnisse unter den derzeitigen allgemeinen Rahmenbedingungen nicht zu decken vermögen und daher der öffentlichen Unterstützung bedürfen. Im Zusammenspiel von WRS, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltungen könnten die laufenden Projekte in der Region Stuttgart mit Modellversuchen in anderen Regionen verglichen und hierauf aufbauend optimiert werden mit dem Ziel, einen für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer interessanten Zukunftsmarkt zu erschließen.

Voraussetzung für die Markterschließung ist oftmals die Verbesserung der Markttransparenz, da viele Verbraucher gerade bei den in Frage kommenden einfachen Dienstleistungen nur unzureichend über die Anbieter und deren Konditionen informiert sind. Die Märkte speziell für hauswirtschaftliche, aber auch für Pflegedienste, sind in der Regel kleinräumig organisiert. Insofern bietet sich eine institutionalisierte Verbesserung der Markttransparenz auf Kreisebene an. Im Bereich der hauswirtschaftlichen Dienste könnte dies beispielsweise im Zusammenwirken der vor Ort tätigen Dienstleistungspools sowie der lokalen Wirtschaftsförderung geschehen. Ein

verbesserter Marktüberblick trägt zugleich zur Erschließung neuer Kundenkreise bei. Dies erfordert allerdings ebenso wie die Entwicklung neuer Serviceangebote von den Anbietern ein Mindestmaß an Professionalisierung.

Darüber hinaus ist auch das Angebot der kommerziellen und freigemeinnützigen Anbieter von Pflegeleistungen in der Region wenig überschaubar. Die Verbesserung der Markttransparenz auf diesem Gebiet könnten die dezentralen Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen erreichen, wenn sie besser ausgestattet würden. Diese Stellen bieten sich zugleich als wettbewerbsschaffende und -erhaltende Instanzen an.

Eine möglichst weitgehende Integration von gering qualifizierten Arbeitslosen und/oder Arbeit suchenden Sozialhilfeempfängern ins Erwerbsleben erfordert, dass die Betroffenen ihre Situation durch die Aufnahme einer Erwerbsarbeit merklich verbessern können. Vor allem in der Sozialhilfe fehlt es jedoch an Arbeitsanreizen für gering qualifizierte arbeitsmarktnahe Bewerber. So wird Arbeit suchenden Hilfeempfängern, denen durch eigenes Bemühen ein (Wieder-) Einstieg ins Berufsleben gelungen ist, meist nahezu das gesamte Nettoarbeitseinkommen auf ihren Sozialhilfeanspruch angerechnet. So entstehen Fehlanreize, die der Integration einer möglichst großen Zahl von Hilfeempfängern in den offiziellen ersten Arbeitsmarkt entgegenstehen.

Dieses Problem lässt sich durch verbesserte Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger lösen. Die Möglichkeiten solcher Anreize für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger lässt das baden-württembergische Sozialministerium derzeit im Rahmen eines Modellversuchs „Einstiegsgeld in Baden-Württemberg“ ausloten. An diesem Experiment nehmen auch die Landkreise Böblingen und Esslingen teil. Der Erfolg dieses Experiments wird davon abhängen, dass es weiterhin in konstruktiver Weise durch ein Netzwerk von Kammern, Gewerkschaften sowie Sozial- und Arbeitsverwaltung in den beteiligten Kreisen unterstützt wird.

Lohnende Erwerbschancen durch bessere Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger und/oder Arbeitslose sind nur dann erfolgversprechend, wenn es sich um vergleichsweise arbeitsmarktnahe Bewerber handelt. Zu diesen gehören beispielsweise Absolventen von Qualifizierungs- und anderen Beschäftigungsmaßnahmen, die nicht am ersten Arbeitsmarkt übernommen wurden. Hinzu kommt ein nennenswerter Teil von Alleinerziehenden, sofern die Kinderbetreuung für diese organisiert ist oder wird. Demgegenüber scheitert eine direkte Integration in den ersten Arbeitsmarkt bei zahlreichen anderen Arbeitslosen und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern an einem Mangel an erforderlichen Mindestqualifikationen, an physischen und psychischen Problemen, die häufig gleichzeitig auftreten, an Sprachbarrieren u.s.w. Priorität haben hier die Vermittlung von Basiskompetenzen und

Qualifizierung als Voraussetzungen einer hinreichenden Arbeitsmarktnähe, ohne die anderweitige Integrationsbemühungen erfolglos bleiben müssen. Maßnahmen der Arbeits- und Sozialverwaltung im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes, etwa Qualifizierungsprojekte und Sprachkurse, Tagesstrukturierungsmaßnahmen etc. werden auch in Zukunft für viele Arbeitslose die Voraussetzung für den Erfolg aller anderen Maßnahmen bilden.

Die (noch weiter) verstärkte Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern in allen Kreisen der Region ist dabei aus sozialpolitischen ebenso wie aus Effizienzgründen erforderlich, zumal diese Ämter in ihrem Bemühen um eine weitestmögliche Arbeitsmarktintegration überwiegend vor sehr ähnlichen Herausforderungen stehen. In vielen Fällen sind es außerdem dieselben Personen, die sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren versuchen.

Der Verband Region Stuttgart bzw. die Rebag könnten – in Kooperation mit der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie den Kammern und Gewerkschaften – durch die Initiierung von arbeitsmarktpolitischen Pilotprojekten in einzelnen Kreisen die Eignung innovativer Arbeitsmarktstrategien für die Region ermitteln. Allgemein gilt es – nicht nur in der Region Stuttgart – stärker als bisher auf die Wirksamkeit und Effizienz dieser Maßnahmen zu achten. So sollte bei der Einführung neuer Programme in den Kreisen eine fundierte Erfolgskontrolle – anders als bisher – zur Selbstverständlichkeit werden. Nur so kann es gelingen, tatsächlich erfolgreiche Wege aus der Arbeitslosigkeit zu erkennen und einer möglichst großen Zahl von Arbeit Suchenden zu eröffnen.

Trotz der breiten Palette von zielgruppenorientierten Integrationsmöglichkeiten sollten die Grenzen der Arbeitsmarktintegration nicht aus dem Auge verloren werden. Die Vielzahl der Möglichkeiten kann nicht gewährleisten, dass jeder Arbeitssuchende in der Region eine Qualifikation und Arbeitsmarktnähe erwirbt, die ihm eine auf Dauer sichere, ausreichend bezahlte Stelle am ersten Arbeitsmarkt gewährleistet. Ältere, behinderte Bewerber und Menschen mit mehrfachen Beeinträchtigungen werden es auch künftig schwer haben, eine lohnende, dauerhafte Anstellung zu finden. Ist die bestmögliche Qualifikation und Produktivität der Betroffenen zu gering, um den eigenen Lebensunterhalt mit leistungsgerechten Löhnen zu sichern, so stellt sich die letztlich normativ-politische Frage, ob für diese Gruppen eine Teilnahme am Erwerbsleben durch die dauerhafte Subventionierung von Arbeitsplätzen gesichert werden soll.